

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V.



30 Jahre im Dienst
der Menschenrechte

Vorwort des Bundesvorstands

D

ie ersten Interessierten haben 1972 in München begonnen, sich nach dem Vorbild unserer amerikanischen Schwesterorgani-

sation Citizens Commission on Human Rights (CCHR) für die Rechte Betroffener aus der Psychiatrie einzusetzen.

Ein Jahr später wurde der Verein Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM) beim Registergericht München eingetragen.

Es ist die satzungsgemäße Aufgabe der Kommission „die Menschenrechte... gegen Missbräuche durch die Psychiatrie und verwandter Gebiete zu sichern, solche Missstände zu untersuchen und bekannt zu machen und Abstellung zu verlangen, bzw. die rechtliche Verfolgung solcher Missbräuche zu bewirken“.

Zu ihren Aufgaben zählt auch „die Aufklärung von Gesetzgebern, Behörden und der Öffentlichkeit über Fälle von Ineffektivität und schädlichen Auswirkungen psychiatrischer und psychologischer Methoden“. Angestrebt wird der verbesserte Schutz von betroffenen Patienten und der Allgemeinheit durch Aufklärung und Reform.

Binnen kürzester Zeit etablierte sich der Menschenrechtsverein als wichtiges Sprachrohr zum Schutz der Rechte von Psychiatriepatienten. Mediziner, Juristen, Buchautoren, Künstler, Wissenschaftler, Betroffene und andere Interessierte schlossen sich den Zielen der KVPM an. Schon bald wurde die Kommission durch einen wissenschaftlichen Beirat unterstützt.

Durch Pressekonferenzen, öffentliche Anhörungen und aufsehenerregende Aktionen in der Öffentlichkeit gewann die KVPM



Bernd Trepping
Bundesvorstand der KVPM

in den 70er und 80er Jahren die Aufmerksamkeit und Zustimmung sowohl der Bevölkerung als auch der Medien und bewirkte dadurch Hunderte von Zeitungsberichten über Missstände in deutschen Psychiatrien. In zahllosen Petitionen auf Landtags- und Bundestageebene machten ehrenamtliche Helfer und Mitarbeiter der KVPM auf verheerenden Zuständen hinter den Mauern der Psychiatrie aufmerksam und fanden Gehör bei Politikern, Journalisten oder engagierten Menschenrechtlern. Von Anfang an stellte die Untersuchung von Fehldiagnosen und der Ruhigstellung von Kindern mit Psychopharmaka einen Schwerpunkt der Arbeit der KVPM dar. Mit großen Protestveranstaltungen prangerte die Kommission gravierende Missstände an und forderte Abhilfe.

Die KVPM führt mittlerweile das größte Archiv Deutschlands über psychiatrische Missbräuche, einschließlich relevanter Gerichtsurteile und Studien sowie einer umfangreichen Bibliothek, aus der Journalisten und anderen Interessierten Informationen zur Verfügung gestellt werden.



Nicola Cramer
Bundesvorstand der KVPM

Nach einer umfangreichen Aufklärungskampagne der KVPM wurde in den 80er Jahren die barbarische Methode der Lobotomie, der so genannten „Psychochirurgie“, abgeschafft. Bis dahin hatten Psychiater jahrelang im Gehirn ihrer Patienten zur „Korrektur“ von abweichendem sozialen und psychischen Verhalten herumgeschnitten.

Im Jahre 1997 übernahm die KVPM München nach einer Satzungsänderung offiziell die Position der Bundesleitung. Mittlerweile gibt es zusätzlich elf regional tätige Vereine und Gruppen in Deutschland.

In den vergangenen sieben Jahren hat die KVPM im Rahmen einer internationalen Aufklärungskampagne der CCHR International etwa ein Dutzend Informationsbroschüren verbreitet, in denen z. B. Vergewaltigung in der Psychiatrie, betrügerische Praktiken, Unterminierung der Justiz durch psychiatrische Ideologie und die Folgen der Elektroschockbehandlung thematisiert werden.

Weit mehr als hunderttausend Exemplare wurden an Abgeordnete, Behördenvertreter, Journali-

„CCHR verdient Hochachtung, denn sie ist tatsächlich die erste Organisation in der Menschheitsgeschichte, die eine Stimme von politischer, gesellschaftlicher und internationaler Bedeutung gegen die Psychiatrie ins Leben gerufen hat. Das ist in der Geschichte der Menschheit noch niemals der Fall gewesen.“

— Dr. Thomas Szasz, weltbekannter Autor und Psychiatriekritiker, emeritierter Professor der Psychiatrie, 1994

sten und andere versandt, um über gravierende Verstöße aufzuklären. Gleichzeitig sollen die Broschüren auch aufzeigen, dass es zwingend notwendig ist, die Psychiatrie verstärkt zu kontrollieren und Psychiater, die sich Verbrechen schuldig gemacht haben, zur Rechenschaft zu ziehen. Finanzielle Zuwendungen müssen an erreichte Resultate in der Psychiatrie geknüpft werden. Die Psychiatrie steht nicht über dem Gesetz. Versicherungsbetrug, sexueller Missbrauch, Freiheitsberaubung und Körperverletzung müssen geahndet werden, um die Rechte der Bürger in einer Demokratie zu schützen.

Die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte wurde von Mitgliedern der Scientology Kirche gegründet. Zu ihren satzungsgemäßen Aufgaben gehört es nicht, weltanschauliches und religiöses Gedankengut zu verbreiten. Scientologen engagieren sich ehrenamtlich bei der Kommission gemeinsam mit anderen Bürgern gegen Menschenrechtsverletzungen in der Psychiatrie.

Anlässlich ihres 30-jährigen Jubiläums wollen wir mit dieser Broschüre einen Einblick in die Ergebnisse der Arbeit der Kommission geben. Es war nicht genug Platz für alle Aktionen und Reaktionen, und erst recht nicht für alle Dankeschreiben von Betroffenen und Angehörigen, denen die Kommission helfen konnte. Diese Broschüre vermittelt jedoch einen Querschnitt ihrer Arbeit.

Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, um uns bei all den Mitarbeitern, Helfern, Mitgliedern und Sponsoren der KVPM zu bedanken, die unermüdlich dazu beitragen, dass Menschenrechte Eingang in die Psychiatrie finden.

Mit ihrer Hilfe haben wir bereits vieles erreicht. Vor uns liegt jedoch noch ein weiter Weg und wir werden weiterhin Unterstützung und Hilfe benötigen, bis zu dem Tag, an dem Betrug und Barbarei in der Psychiatrie ein für allemal ein Ende haben.

Nicola Cramer
und
Bernd Trepping

Inhalt

- Vorwort des Bundesvorstands
- Kinder-Koks: Millionengeschäft mit erfundenen Diagnosen . . . 2
- Kommission hilft Familien: Einsatz gegen fragwürdige Psycho-Diagnosen und Gutachten 5
- Expertenanhörungen 8
- Kampagne der KVPM endet mit Erfolg: Sex in der Therapie verboten 10
- Barbarische Elektroschocks: Kommission fordert Verbot . . 12
- Protestkundgebungen 14
- Stasi-Psychiatrie Hohenweitz-Waldheim . . 16
- Psychiatrie: Tod statt Hilfe? 17
- Großveranstaltungen 18
- Psychiatrieskandale 20
- Die Männer hinter Hitler: Kommission entlarvt Psychiater als Täter 22
- Informationskampagnen für die Öffentlichkeit 27

„Die Hauptaufgabe der CCHR besteht darin, Reformen auf dem Gebiet der geistigen Gesundheit und die Wahrung individueller Rechte im Hinblick auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durchzusetzen. CCHR zeichnet für viele bedeutende Reformen verantwortlich. Über 30 Gesetze*, die andernfalls die Rechte von Patienten eingeschränkt oder der Psychiatrie die Macht gegeben hätten, Minderheiten und Einzelpersonen gegen ihren Willen einzuliefern, wurden durch die Aktivität der CCHR weltweit verhindert.“

— Erica-Irene Daes, UN-Sonderberichterstatterin, in ihrem Bericht an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, 1986

* Anmerk. d. Red.: mittlerweile mehr als 100 Gesetze

Impressum

Herausgegeben im Selbstverlag. KVPM e.V., Amalienstr. 49a, 80799 München.

Verantwortlicher Redakteur: Bernd Trepping
KVPM e.V., Amalienstraße 49a, 80799 München
Druck: F. Berger, Pulverturmstraße 3, A-1090 Wien

© 2002 Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM) · Alle Rechte vorbehalten
Citizens Commission on Human Rights (CCHR), das CCHR- und das KVPM Logo sind Marken im Besitz der Citizens Commission on Human Rights International in den USA, Nr. 14863.

Dankbare Anerkennung gilt der L. Ron Hubbard Bibliothek für die Genehmigung, Auszüge aus den urheberrechtlich geschützten Werken von L. Ron Hubbard zu veröffentlichen.



Millionengeschäft mit erfundenen Diagnosen

Seit ihrer Gründung vor 30 Jahren in Deutschland befasst sich die KVPM mit den verheerenden Auswirkungen von Psychodrogen aus der „psychiatrischen Industrie“, einem Schulterschluss verschreibungswütiger Psychiater und Fürsprecher der biochemischen „Lösung“ gegen so genannte auffällige, besonders aktive oder angeblich „lerngestörte“ Kinder – ein Geschäft übrigens, das jede Vorstellung von satten Profiten übersteigt. Für die indirekte Werbung und den Aufbau von sog. „Elterninitiativen“, die man zur Überzeugung der Zielgruppe „betroffene Familien“ braucht und zur „Sensibilisierung der Medien“ scheint Geld bei den Herstellern dieser Psychopillen keine Rolle zu spielen. Die Profite dieses Zukunftsmarktes sind so viel versprechend, dass immer mehr Hersteller mit eigenen Produkten für die Zappler in der Schule aufwarten.



Selbst dreijährigen Kindern werden Psychopillen verabreicht, die ähnlich wirken wie Kokain.

In Deutschland haben psychiatrische „Experten“ 10 bis 12% der Kinder als zukünftiges Potential in diesem speziellen Marktsegment ausgemacht. Die plötzliche Gründungsflut diverser „Initiativen“ und wissenschaftlicher Gesellschaften spricht für sich und für ein hektisches Bemühen der Pillenfabriken, dem Geschäft mit den Zukunftsträgern dieser Gesellschaft – unseren Kindern – den gebührenden wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen. Zahllose Kritiker vertreten den nach-

vollziehbaren Standpunkt, dass es sich hier offensichtlich um einen künstlich konstruierten Markt handelt, bei dem die Marketingphase noch nicht abgeschlossen ist. Was man früher einfach unter dem Begriff „Kindheit“ verstand, ist nach dem Diagnosehandbuch der Psychiatrie (DSM) nunmehr eine neue Form von psychischer Störung. Dazu gehören Diagnosen wie „Lernstörungen“, „Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung“ oder „Rechenstörung“. Natürlich sind die Ur-

Die KVPM warnt vor Zusammenhängen zwischen brutalen Gewalttaten und Psychopharmaka.

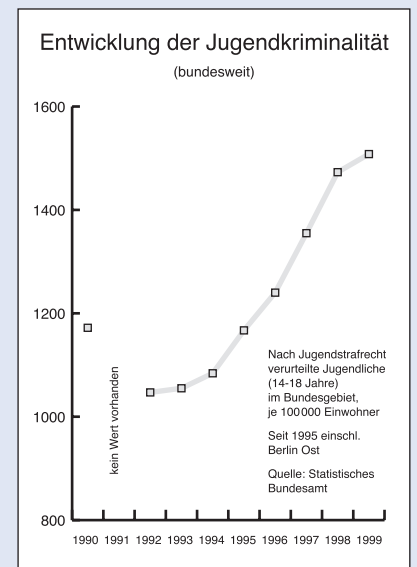
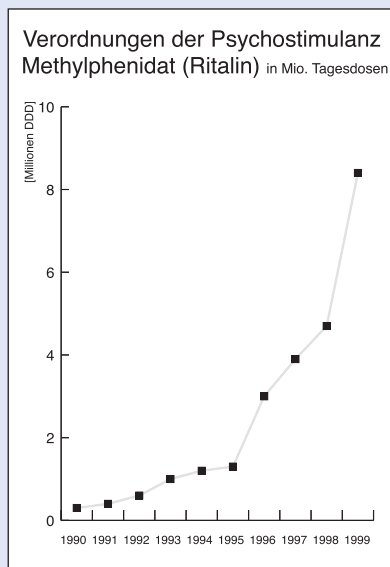
Abendzeitung

Amoklauf nach Psychopillen

Die Drogen stacheln zu Gewalt auf

Immer häufiger laufen bis dahin unauffällige Menschen Amok – zuletzt der 16-jährige in Bad Reichenhall, jetzt hat die Kommission für

Harris, dem Attentäter von Littleton, hieß es zunächst: „Keine Drogen im Spiel.“ Erst nach Hinweisen und einer gerichtsmedizinischen Untersuchung sei festgestellt worden, dass der Amokschütze das Psychopharmakon „Luvox“ erhalten hatte. Die KVPM dokumentierte 13 Fälle von besonders schweren Gewalttaten, bei denen die gefährlichen Drogen eine Rolle spielten.



„Die Behauptung, ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung) sei biologisch bedingt oder durch eine Stoffwechselstörung im Gehirn verursacht, ist wissenschaftlich in keiner Weise bewiesen. Ich begrüße daher Ihre Initiative diesen wichtigen Aspekt deutlich zu machen.“

— *Eva Kaefre, schwedische Soziologiedozentin und Autorin des Buches „Hirngespinnste“, 2002*

sachen dieser neuen „Störungen“ nicht so sichtbar wie ein blauer Fleck am Bein. Gemäß dem Anspruch körperfixierter psychiatrischer Experten sind sie in der Biochemie des Gehirns zu suchen. Da man eben nicht einfach ins Gehirn hineinschauen kann, können angeblich nur „Experten“ die Begründungen und Indikationen zimmern, warum ein Kind unruhig oder nervös oder sonstwie auffällig ist. Warum die Kinder- und Jugendpsychiatrie, die sich wortführend dieser Thematik angenommen hat, die deutschen Schulen als Absatzmarkt für „Kinder-Koks“ betreten darf, bleibt ein Rätsel.

1990 wurde in Deutschland mit dem Verkauf der Anti-Zappelphilipp-Substanz „Methylphenidat“ ein Umsatz von einer halben Million DM erzielt. Damals schon machte die KVPM auf eine bevorstehende Eskalation der Stigmatisierung von Kindern mit der Diagnose „ADHS“ (Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung) aufmerksam. 2000 lag der Umsatz gemäß Arzneiverordnungs-Report bereits bei 37,5 Millionen Deutsche Mark.

Ein fast paralleles Beispiel des „Erwachens“ deutscher Kinderpsychiater gegenüber den angeblich nicht lernfähigen Kindern in Deutschland lässt sich aus den USA heranziehen: 1987 wurden die Krankheitsbilder „Aufmerksamkeitsdefizitstörung“ und „Hyperaktivität“ (Über-Aktivität) buchstäblich per Handabstimmung durch die amerikanische Psychiatrievereinigung APA (American Psychiatric Association) ins Leben gerufen. Innerhalb eines Jahres wurde ADHS bei 500 000 Kindern in den Vereinigten Staaten diagnostiziert.

Aufklärungskampagne

Die Kommission wies beson-



Aktion der KVPM, 2002: Mit dem „Unglücksrad“ werden fragwürdige psychiatrische Diagnosen hinterfragt.

ders in den letzten zehn Jahren durch zahllose Petitionen an die Petitionsausschüsse der Landtage, des Bundestages und an hunderte Politiker auf die Gefahren der psychiatrischen Psychodrogen hin. Zusätzlich sammelten Mitglieder der KVPM Tausende von Unterschriften für eine Resolution, in der gefordert wird, den Psychopillen-Missbrauch bei Kindern zu stoppen.

Seit Mitte 2001 verteilte die Kommission in ganz Deutschland tausende Informationsheftchen mit den Titeln „Fehldiagnose Lern- und Verhaltensstörung“ sowie „Wie die Psychiatrie Kinder unter Drogen setzt“, um Politikern, Ärzten, Medien, Eltern und der breiten Öffentlichkeit seriöse Informationen zur Verfügung zu stellen. Mit einer Aufsehen erregenden Aktion mit dem sogenannten „Unglücksrad“ in der Fußgängerzone (siehe Foto) wies die KVPM in München zudem darauf hin, dass „Dr. Pillenpusher“ und „Schwester Zwang“ dank der schillernden Diagnosen aus dem psychiatrischen Diagnosehandbuch „DSM“ niemals in

„... ich möchte mich auf diesem Weg ganz herzlich bei Ihnen für Ihre Hilfe, die gerade noch rechtzeitig kam, bedanken. Dass mein Sohn Sie auf einem Ihrer Informationsstände getroffen hat, nenne ich nicht Zufall, sondern Schicksal. Die Probleme, die zeitgleich in unser Leben traten, hätten wir mit Sicherheit nicht alleine lösen können. Ihre fachliche Kompetenz und Ihr Wissen bezüglich der Psychopharmaka und der Psychiatrie, sowie Ihre Ratschläge und wegweisenden Vorschläge zur Bekämpfung unseres Problems haben uns geholfen, wieder Licht ins Dunkel zu bringen. Wir sind froh, dass die Kommission uns so hilfreich beiseite steht. Vielen herzlichen Dank ...“

— *Frau S. in einem Brief an die KVPM, 2000. Ihr Sohn war ein Jahr lang in psychiatrischer Behandlung.*



Fragwürdiges Diagnosehandbuch „DSM“



„Man dürfe die Augen vor den Gefahren nicht verschließen, sagte die Drogenbeauftragte der Bundesregierung ... Lehrer hätten ihr sogar berichtet, dass Psychopharmaka sogar auf den Schulhöfen während der Pause verkauft würden.“

— *Süddeutsche Zeitung*, 28.12.2001

Verlegenheit kommen und für jedes kindliche Verhalten eine psychische Krankheit diagnostizieren können. Die Behandlung von so „diagnostizierten“ Kindern? „Ich habe hier wunderschöne, bunte Psychopillen mit bunten Nebenwirkungen“, lässt „Schwester Zwang“ wissen. Der Hauptgewinn beim Unglücksrad: Eine Zwangseinweisung in die Psychiatrie und die Verwirkung sämtlicher Persönlichkeitsrechte. Auf realistische Weise klärt die Kommission die Öffentlichkeit so über ein ernstes Thema auf. Der Verbrauch eines bisher unzulänglich erforschten Anti-Zappelphilipp-Wirkstoffes der Basler Psychopillenfabrik Novartis ist in den letzten Jahren so stark angestiegen, dass jetzt sogar 120 Bundestagsabgeordnete dem Wildwuchs Einhalt gebieten wollen. Der chemische Seelentröster für Zappler soll künftig verantwortungsbewusster eingesetzt werden.

Auch reagierte die Drogenbeauftragte der Bundesregierung im Oktober 2001 mit einer kriti-

schen Pressemitteilung zur Verordnungszunahme von Methylphenidat. Im April 2002 berichtete DER SPIEGEL, dass die Bundesregierung den Missbrauch einer häufig verschriebenen Psychopille gegen Hyperaktivität eindämmen will. Nach den Plänen des Bundesgesundheitsministeriums sollen Kinder unter sechs Jahren überhaupt kein Methylphenidat mehr bekommen.



Kinder haben Anspruch auf Schutz und Liebe.

Laut Tagesspiegel forderte die Drogenbeauftragte zudem, dass Ärzte Präparate wie Ritalin nur noch dann verschreiben, wenn sie auch eine Therapie anbieten können. Man muss wissen, dass es sich bei der Psychosubstanz

um ein Suchtmittel handelt, das unter dem strengen deutschen Betäubungsmittelgesetz steht.

Mittlerweile haben viele namhafte Zeitungen und Wochenmagazine über den zunehmenden Missbrauch von Psychodrogen bei Kindern berichtet und sich auch kritisch mit den Diagnosen „Aufmerksamkeitsdefizitstörung“ und Hyperaktivitätsstörung auseinandergesetzt. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung brachte die Problematik in einem Artikel im Oktober 2001 auf den Punkt: „Statt die ‚Modedroge‘ Methylphenidat zu verteufeln, sollte man sich eher vor der ‚Modediagnose‘ hyperkinetischer Störungen in Acht nehmen.“

Die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte in Deutschland arbeitet weiterhin mit Hochdruck daran, die Bevölkerung über die unwissenschaftliche Diagnosestellung bei Kindern und über deren Stigmatisierung aufzuklären. Sie wird hierbei von zahlreichen Einzelpersonen und Vereinigungen unterstützt. ■

4



1999 versandte die Kommission mehr als 10 000 Exemplare der Broschüre „Psychiatrie: Beträgt Kinder und setzt sie unter Drogen“. Die Kommission fordert ein Gesetz, um zu gewährleisten, dass Lehrer nicht in ihren pädagogischen Rechten eingeschränkt werden. Psychiater und Schulpsychologen bestehen nämlich darauf, dass Lehrkräfte unerwünschtes Verhalten und/oder Lernprobleme bei Schülern als „psychische Störungen“ klassifizieren und Psychopharmaka bzw. den Besuch beim Psychologen empfehlen.

Kommission hilft Familien Einsatz gegen fragwürdige Psycho-Diagnosen und Gutachten

D

agnosen“ und „Gutachten“ gehören zu den umstrittensten Praktiken in der Psychiatrie und genügen oft

keinerlei wissenschaftlichen Kriterien. Richter und vor allem Familienrichter haben zu bestimmen, ob ein zeitweiliger Freiheitsentzug für eine Unterbringung in einer Anstalt vertretbar ist. Durch das Betreuungsgesetz, das vor einigen Jahren in vielen deutschen Bundesländern reformiert wurde, konnten wesentliche Verbesserungen für die Menschenwürde erreicht werden. Der Richter muss sich jetzt einen persönlichen Eindruck von dem Patienten machen und darf sich nicht mehr nur auf die Aussagen eines Psychiaters stützen. Auf der anderen Seite soll Menschen geholfen werden, die zeitweise nicht mehr für sich sorgen können oder deren Familienverhältnisse so deprimierend sind, dass von Seiten ihrer Familie keine wirkliche Hilfe zu erwarten ist. Und hier beginnt das Problem: Welcher Richter am Amtsgericht nimmt schon das



Jennifer mit ca. neun Jahren und nach psychiatrischer Behandlung mit 19 Jahren.

Risiko auf sich, entgegen einem psychiatrischen oder medizinischen „Gutachten“ den Betroffenen in die Freiheit zu entlassen? Das Risiko ist groß. Richter kennen auch die Negativseite ihres Berufes: Fehlurteile mit fatalen Folgen. Es erübrigt sich, diese Patt-Situation des deutschen



Die Eltern von Jennifer bei einer Pressekonferenz der KVPM, 1998.

Rechtswesens weiter zu kommentieren. Der Psychiater als Gutachter ohne jegliche wissenschaftliche und juristische Kompetenz steht somit in gewisser Weise über dem Richter.

Immer wieder werden geistig völlig gesunde Personen jahrelang in psychiatrischen Zellen weggeschlossen. Unschuldige werden mit lähmenden Psychopharmaka geschädigt oder kommen sogar zu Tode. Intakte Familien werden auseinandergerissen. All das geschah und geschieht immer wieder, weil es Psychiatern gestattet wird, sich als Obergutachter über die Justiz zu stellen – und weil es Richter gibt, die sich kritiklos dem psychiatrischen Diktat beugen.

Der Fall Jennifer P.

Ihre Mutter berichtet: „Meine Tochter Jennifer entwickelte sich anfangs ganz normal. Als sie fünf Jahre alt war, wurde mir von einer Kindergärtnerin geraten mit

Jennifer einen Psychologen aufzusuchen, da sie meist für sich alleine spielte ... Später befolgte ich den Rat ihrer Lehrerin, eine Psychologin der schulpsychologischen Beratungsstelle aufzusuchen. Die Therapie führte jedoch zu keiner Verbesserung in der Schule. Daraufhin wurde Jennifer wiederholt von Psychiatern und Psychologen behandelt.

Am 9. Juni 1997 ging es Jennifer körperlich nicht gut. Ich fuhr in die Universitätsklinik. Dort riet man uns, meine Tochter in die Psychiatrie Düsseldorf-Grafenberg zu bringen. Ich sprach dort mit einem Psychiater, der um Einverständnis bat, dass Jennifer sich kurzfristig „freiwillig“ in die geschlossene Abteilung der Anstalt einweisen lässt, da auf der offenen Station gerade kein Platz mehr frei war. Am Montag würde sie auf die offene Station verlegt werden, versprach er. Jennifer blieb in der Psychiatrie. Am nächsten Tag besuchte ich sie und war entsetzt: Ihre Beine waren gekrümmt, ihre Haltung gebückt. Sie litt unter Zungenkrämpfen, konnte nur sehr schwer sprechen, klagte über Schmerzen am ganzen Körper. Das Essen und Trinken lief ihr immer wieder aus dem Mund.

Ich erfuhr von Mitpatienten, dass Jennifer schwere Psychodrogen bekommen hatte. Erst nachdem ich mich massiv für meine Tochter einsetzte, bekam Jennifer ein Gegenmittel. Das Versprechen, Jennifer auf eine offene Station zu verlegen, wurde nicht gehalten. Erst am 11. Juli kam der Richter vom Amtsgericht Düsseldorf in die Psychiatrie, um mit Jennifer zu sprechen. Es gab kei-

nen Anwalt für meine Tochter, nur die Psychiaterin der Station war als „Sachverständige“ anwesend.

Der Richter hatte bereits vor dem Gespräch sein Urteil gefällt. „Ich bin der Richter Z. und komme vom Amtsgericht Düsseldorf...für dich muss jemand sorgen...Du bist krank und möglicherweise auch behindert...“ Jennifer protestierte. Die „persönliche Inaugenscheinnahme“ des Richters dauerte fünf (!) Minuten. Dann war alles klar: Der Richter ließ eine Betreuung für Jennifer einrichten mit generellen Rechtsvollmachten über ihr Leben. Ich widersprach als Mutter. Das wurde abgelehnt. Der Richter ordnete einen weiteren Verbleib in der Irrenanstalt für vier Wochen an. Jennifer wurde weiter mit Psychodrogen vollgepumpt. Wenn sie sich wehrte, wurde sie von Pflegern festgehalten und die Psychodrogen wurden zwangsgespritzt. Diese Gewalt war für Jennifer zusätzlich demütigend, einschüchternd und beängstigend. Am 14. Juli kletterte Jennifer über den Zaun der Irrenanstalt und flüchtete zu meiner Schwester.“ Soweit die Schilderung der Mutter.

Wenig später wurde der Einweisungsbeschluss aufgehoben. Jennifer stand aber noch unter staatlich angeordneter Betreuung. Ohne Gerichtsbeschluss wurde Jennifer am 4. April 1998 auf Veranlassung der Betreuerin mit Hilfe der Polizei und nur mit einem Slip bekleidet aus dem Haus ihrer Eltern gezerrt und wieder in die Irrenanstalt Rheinische Landes- und Hochschulklinik Düsseldorf gebracht. Die Begründung: Man habe den Hinweis erhalten, dass Jennifer im Keller leben müsse. Eine unhaltbare Behauptung, wie sich später herausstellte.

Nachdem die KVPM sich dieses Falles angenommen hatte, fielen die angeblichen „Gründe“, die für die Zwangsbehandlung von Jennifer P. in „Gutachten“ auftauchten, wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Die Kommissi-



*Familie E. bei einer KVPM-
Protestveranstaltung im Juli 2001.*

on wandte sich zusammen mit den couragierten Eltern an die Öffentlichkeit und an verschiedene Behörden. Des Weiteren stellte die Mutter Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen die Psychiatrieanstalt, die bereits wegen anderer Verfehlungen in den Schlagzeilen stand. Schlussendlich konnte Jennifer wieder zu ihren Eltern nach Hause zurückkehren.

Der Fall Mert und Cem E.

Der Fall der beiden Brüder Mert und Cem aus Essen sprengt das Vorstellungsvermögen eines jeden Menschen mit Rechtsbewusstsein. Mert leidet seit seiner Geburt an einer angeborenen seltenen Stoffwechselkrankheit, sein Bruder Cem litt bereits als Kleinkind unter epileptischen Anfällen. Aufgrund der seltenen Erkrankungen der beiden Brüder mussten die Eltern seit der Geburt ihrer Söhne regelmäßig Routineuntersuchungen im Universitätsklinikum durchführen lassen.

Die Eltern: „Das Klinikum Essen und unser Kinderarzt empfahlen uns, wegen der „Ver-

haltensauffälligkeiten“ den Kinder- und Jugendpsychiater Dr. Neuhoff aus Essen aufzusuchen. Unser Sohn Mert wurde von dem Psychiater behandelt – glaubten wir. Die „Therapien“ des Psychiaters halfen unserem Sohn jedoch überhaupt nicht. Der Kinderpsychiater empfahl uns, unser Kind sechs Wochen in eine geschlossene Abteilung der Kinder- und Jugendpsychiatrie Essen einweisen zu lassen – angeblich, um dort zu lernen mit seiner erforderlichen Diät besser umzugehen. Unser Kind war damals acht Jahre alt. Wir wollten keine Behandlung mit Psychodrogen und die Psychiatrie sicherte uns hundertprozentig zu, sich daran zu halten. Ende Januar 1997 brachten wir unser Kind in die Psychiatrie. Wir stellten schnell fest, dass es unserem Sohn dort schlechter ging. Aus sechs Wochen wurden drei Monate. Die

Situation wurde immer deprimierender. Entsetzt stellten wir fest, dass Mert entgegen allen Versprechungen Psychodrogen schlucken musste. Wir erlebten persönlich, wie ein kleines Kind von einem brutalen Pfleger nach einem harmlosen Streit in eine „Isolierzelle“ geschmissen wurde. Nach 74 Tagen und gegen den massiven Protest der Psychiater holten wir unser Kind aus der Psychiatrie. Erst zu Hause erfuhren wir nach und nach die Grauen, die unser Kind dort erleben musste. Wenn Mert keine Drogen nehmen wollte, klemmte der Pfleger seinen Kopf zwischen die Beine und drückte ihm mit Gewalt den Mund auf und zwang ihn die Pillen zu schlucken. Als Mert zehn Jahre alt war, bekam er Ritalin. Erst durch die Hilfe eines anderen Arztes wurden wir über die Nebenwirkungen der Psychodrogen, die unsere beiden Söhne nehmen mussten, aufgeklärt.“

Am 23. Februar 2000 kamen die beiden Kinder von der Schule nicht mehr nach Hause. Den geschockten Eltern war das Sorge-

„Sie dürfen ohne Übertreibung nicht nur von einzelnen besonders krassen Menschenrechtsverbrechen in der Psychiatrie ausgehen, sondern davon, das System und das dahinter stehende Denken selbst zutiefst unwissenschaftlich und kriminell ist.“

— Dr. Walter A., Dipl.-Psychologe, 1997

recht entzogen worden und die Kinder waren zwangsweise in die Kinder- und Jugendpsychiatrie Essen eingewiesen worden. Dort erlitten beide unvorstellbare seelische Qualen. Den Eltern wurde der Besuch fast vollständig untersagt. Cem wurde zum Bettnässer und kam eine ganze Nacht lang in die Gummizelle (er war acht Jahre alt!). Beide Kinder wurden mit Psychopharmaka vollgestopft. Nach Ablauf von sechs Wochen in der Psychiatrie fesselte man die beiden Kinder ans Bett, spritzte sie mit Psychopharmaka ab und verfrachtete sie schließlich in ein Heim in die Nähe von Flensburg.

„Erst bei der Sorgerechtsverhandlung bei Gericht erfuhren wir die angeblichen Gründe, warum uns unsere Kinder weggenommen wurden“, so die Mutter. „Die psychiatrische Ferndiagnose: Wir hätten den Kindern nur eingeredet, dass sie Krankheiten hätten. Es liegen jedoch stichfeste ärztliche Atteste und Untersuchungsbefunde vor, die unsere Position bestätigen.“

Doch die Eltern gaben nicht auf. Sie wandten sich an die Öffentlichkeit und kontaktierten im Jahr 2000 die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen

Menschenrechte. Die Kommission reichte Beschwerden und Eingaben bei den zuständigen Behörden ein. Im Dezember 2000 veröffentlichte die Kommission einen Offenen Brief an die Gesundheitsministerin von Schleswig-Holstein und veranstaltete eine Mahnwache vor dem Kieler Landeshaus.

Vom September 2000 bis in den Dezember hinein berichteten Fernsehsender wie RTL, ZDF und PRO 7 über diese Familientragödie.

Im März 2001 erstattete die KVPM Strafanzeige gegen die verantwortlichen Kinder- und Jugendpsychiater der Rheinischen Landes- und Hochschulklinik in Essen.

Obwohl dieser hier nur gerafft dargestellte Fall noch nicht zu Ende ist, untermauern die vorliegenden Dokumente die Unfassbarkeit psychiatrischer Willkür gegen eine bis dahin glückliche Familie. Dies geschieht mitten in Deutschland. Es geschieht mitten unter uns.



Ein Psychologe mißhandelte mein Kind

Das gestrichelte, bis heute in mein Kopf auf der Folie...
 Eilen Kelek kam mit ihrer Tochter nicht zurecht. Das Amt für soziale Dienste kümmerte sich deshalb um Nadine (8). Bis die Mutter merkte:
Ein Psychologe mißhandelte mein Kind

nach 4000 Mark im Monat.
 ganz blau...
 woid die Mißhandlung von Nadine...
 Als die Mißhandlung...
 „Wir haben den Eindruck...“

Ein weiterer Fall, der 1996 mit Hilfe der KVPM aufgedeckt wurde.

Der Fall Ramona W.

In diesem speziellen Fall wurde, nachdem die Mutter von Ramona gegen ihren Willen und mit fadenscheinigen Begründungen psychiatrisch mit Drogen behandelt wurde, dieser Umstand von einer Psychologin benutzt, um der Mutter ihr Kind zu entziehen. Die Psychologin Gabriele D. behauptete in ihrem Gutachten, dass die Mutter von Ramona „antriebschwach“ und „psychisch krank“ sei. Ihr Haus sei „sehr un-aufgeräumt“ gewesen. Das genügte dem zuständigen Gericht für einen negativen Gerichtsbeschluss gegen die Mutter von Ramona. Das Kind wurde daraufhin von der Schule weg an einen unbekanntem Ort verbracht. Die Eltern informierten einen befreundeten Kindersachverständigen und schalteten die Kommission ein. Es wurde Strafanzeige erstattet und die Kommission informierte die Öffentlichkeit. Auch Dank der Bemühungen des kritischen Kinderpsychiaters Dr. Runge konnte Ramona schließlich wieder zu ihren Eltern zurück. ■



Juli 2001: Herr W. bedankt sich mit seiner Familie für die Hilfe von Dr. Paul Runge und der Kommission.



Expertenanhörungen



Die Gefahren eines neuen psychiatrischen Holocaust

B

ereits im Jahre 1979 veranstaltete die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte in München ein vielbeachtetes Symposium mit in- und ausländischen Experten und Publizisten, die einhellig auf die „Gefahren eines neuen psychiatrischen Holocaust“ hinwiesen. Der weltweit bekannte und international geachtete „Nazijäger“ und Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Dr. h.c. Simon Wiesenthal, der selbst während des Hitler-Terrors fünf Konzentrationslager durchlitten hatte, begrüßte ausdrücklich das Vorhaben, über den Missbrauch der Psychiatrie gegen Menschenrechte zu konferieren. Der Arzt und Universitätsprofessor Dr. Alfred Schroeder berichtete, dass ihm eine Anzahl von gravierenden Fällen vorliegen, wie Menschen hinter den Mauern psychiatrischer Anstalten verschwanden, „deren einziges Verbrechen darin bestand, dass sie auf der Wahrung ihrer Grundrechte beharrten“.

Der als Sozialanwalt bekannte Dr. Günter Weigand kritisierte die Willkür der Psychiatrie. Er selbst, der durch ein Falschgutachten unschuldig in die Mühlen der Psychiatrie geraten war, brauchte

Oben und unten: Experten und andere Teilnehmer des ersten KVPM-Symposiums 1979 in München.

Das Elend der Psychiatrie

Simon Wiesenthal fördert Münchner Tagung

„Die Gefahren eines neuen psychiatrischen Holocaust“ heißt ein öffentliches Symposium, das heute nachmittag ab 15 Uhr im Münchner Lenbachhaus stattfindet.

Mentor der Veranstaltung, die von der „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte“ veranstaltet wird, ist Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien. Wiesenthal wollte ursprünglich nach München kommen, liegt aber jetzt mit einer Lungenentzündung im Bett. Er schreibt an die Münchner:

„Wissenschaftler und Pseudowissenschaftler im Dienste einer Diktatur haben in der Geschichte viel Unheil angerichtet. Nazi-Deutschland hat für einen längeren Zeitraum die Diskriminierung von Minderheiten mit Hilfe pseu-

machen mit diesen Menschen oft kurzen Prozeß.“

Die Vorträge des Symposiums: Philipp Sonntag: „Die Angepaßten und die anderen“; Günter Weigand: „Sind wir dem Komplott zwischen Justiz und Psychiatrie wehrlos ausgeliefert?“; Alfred Schroeder: „Die Rechte psychisch



15 Jahre, um sich vom Makel der Geisteskrankheit endgültig zu befreien und durch einen Erfolg beim Bundesverfassungsgericht zumindest 13.000 Mark Schadenersatz zu erkämpfen.

Der international renommierte PEN-Schriftsteller Theodor Weißenborn wies nach, dass die Psychiatrie Menschen, die in irgendeiner Weise von der Norm abweichen, auf inhumane Weise stigmatisiert und ausgrenzt.

Der Mediziner Dr. Werner Vogt

von der „Arbeitsgemeinschaft für kritische Medizin“ (Wien) verblüffte mit der schonungslosen Aufdeckung der Diskrepanz zwischen der heilen psychiatrischen Scheinwelt in den Lehrbüchern und der grausamen Realität in den Anstalten.

Das Symposium schloss mit dem Resümee, dass auch „in der Bundesrepublik die Praktiken der Psychiatrie durch vielfach schärfere Kontrolle, Wachsamkeit über

„Ich begrüße Ihr Vorhaben, über Missbrauch der Psychiatrie und ganz allgemein der Wissenschaft gegen Menschenrechte zu konferieren und dagegen aktiv zu werden von ganzem Herzen ... Gerade in unserer Zeit ... ist es wichtig, dass man auf diese Zustände hinweist und das Menschenmögliche unternimmt, um die Misstände abzustellen.“ — *Simon Wiesenthal, international bekannter Nazi-Jäger, 1979*

Statistiken und Finanzen sowie durch eine entsprechende Gesetzgebung korrigiert werden“ müsse.

Die Veranstaltung und der Aufruf des Symposiums, Widerstand zu leisten gegen geschlossene Anstalten, gegen geschlossene Abteilungen, die Entmündigung, die lebenslange behördliche Registrierung, fand bei den Medien und in der Öffentlichkeit große Beachtung. Diese und weitere Veranstaltungen im Laufe der Jahrzehnte trugen zu maßgeblichen Reformen in Deutschland bei. Beispielsweise wurde die diskriminierende „Entmündigung“ später in Deutschland abgeschafft und durch humanere Betreuungsgesetze ersetzt.

Macht die Psychiatrie unsere Kinder verrückt?

Das vielleicht wichtigste Symposium der KVPM in den letzten Jahren fand im August 2000 in München statt. Schon früh hatte die KVPM die psychiatrische Strategie durchschaut, einen neuen zukunftssträchtigen Absatzmarkt bei Jugendlichen und Kindern zu schaffen. Durch speziell entwickelte Psychodrogen, die angeblich zu einem ruhigeren Verhalten in der Schule beitragen, werden jetzt sogar schon aus Kleinkindern psychiatrische Patienten gemacht. Offensichtlich wird eine beträchtliche Anzahl dieser jungen Patienten über die Schulzeit hinaus „behandlungsbedürftig“ sein.

Belegt wird diese Prognose der KVPM durch alarmierende Zahlen: Gemäß der Ausgabe 8/2000 des *arznei-telegramm* stiegen die Absatzzahlen von Ritalin in Deutschland innerhalb von fünf Jahren um mehr als das Vierzigfache (1995: 0,7 Millionen Tabletten; 1999: 31 Millionen Tabletten).

Das bei dem Symposium anwesende Expertengremium aus Ärzten, Rechtsanwälten, Journalisten, einer Toxikologin, sowie

Betroffenen und dem Vorstand der Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte, forderte einhellig: „Die Psychiatrie muss Praktiken, bei denen Kinder mit Psychodrogen ruhig gestellt und schleichend zerstört werden, sofort einstellen.“

Dem Symposium, dem u.a. auch etwa 30 Homöopathen und interessierte Eltern beiwohnten, wurde große Beachtung geschenkt. Wieder einmal zeigte sich, wie wichtig die Öffentlichkeitsarbeit der KVPM ist.

Dr. Paul Runge, Kinder- und Jugendpsychiater: „Die von der Psychiatrie erfundenen Diagnosen des hyperkinetischen Syndroms und der sog. Aufmerksamkeitsdefizitstörung sind derart schwammig definiert, dass man fast jedes normale Kind in diese Kategorien einordnen könnte... Jegliches menschliche Verhalten als krankhaft einzustufen, kommt einer Dressur unserer Kinder gleich. Das halte ich für menschenunwürdig.“ ■



Dr. Thomas Szasz, Mitbegründer der CCHR und Gastredner bei einem KVPM-Symposium.

KVPM-Expertenanhörung 2000: Betroffene Eltern berichten über ihre Erfahrungen mit der Kinderpsychiatrie.



Kampagne der Kommission endet mit Erfolg: Sex in der Therapie verboten

Sexueller Missbrauch durch Psychiater, Psychologen und andere Therapeuten war vor dem 8. November 1991 in Deutschland eigentlich kein Thema. Warum? Weil die Opfer beweisen mussten, dass sie gegenüber sexuellen Übergriffen „widerstandsunfähig“ waren. Es gab keine Grundlage im Strafgesetzbuch gegen sexuellen Missbrauch in der Therapie.

Exemplarisch ist der Fall des Psychiaters Enkelmann, den Gisela Friedrichsen in einem fundierten Artikel im SPIEGEL (26/1993) dokumentiert hat. Ihre Beschreibung Enkelmanns könnte auf jeden anderen Psychiater oder Psychologen zutreffen, der sich an seinen Patienten vergeht: „Der Dr. Rainer Enkelmann aber, Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, man stelle sich ihn im weißen Mantel vor, Vollbart, makellos gepflegte Hände, Autorität und Kompetenz ausstrahlend... Ehemalige Patientinnen erwähnen seine vertrauensinflößende, beruhigende Stimme. Er habe zuhören können. Sie hätten ihm ihre intimsten und geheimsten Wünsche und Bedürfnisse offenbart, Dinge, über die sie nicht mit ihren Eltern, ihren Ehemännern, auch nicht der besten Freundin hätten sprechen können. Sie hätten sich ihm anvertraut.“

Zum Psychiater, zum Psychologen, zum Psychotherapeuten kommen

Menschen oft in ihrer letzten Not, wenn sie nirgendwo sonst Hilfe finden. Für viele ist der Therapeut der letzte Ausweg, einen Freund zu gewinnen, dem man all seine Ängste und Nöte anvertrauen kann. Wenn die erwartete Hilfe durch die Macht des Psychiaters in ein ungewolltes sexuelles Verhältnis abgleitet, wird die vorgeliebte Therapie zum Betrug.

In Deutschland gab es lange Zeit kein Gesetz, das Patienten vor sexuellen Übergriffen schützte. In manchen Fällen missbrauchen Psychiater ihre wehrlosen Opfer

wieder und wieder. Selbstmordgedanken und tiefe seelische Schäden sind die Regel. Die quälenden Selbstvorwürfe in der Folge von entwürdigenden sexuellen Handlungen durch Therapeuten können durch zahlreiche Aussagen von Opfern bestätigt werden.

Von Psychiatern oder Psychologen sexuell missbrauchte Patienten hatten kaum Chancen vor Gericht. Gemäß § 179 Strafgesetzbuch konnten sich die zumeist weiblichen Opfer auf Widerstandsunfähigkeit nur berufen, wenn bei ihnen eine „krankhafte seelische Störung, eine tiefgreifende Bewusstseinsstörung oder Schwach-

sinn oder eine schwere andere seelische Abartigkeit“ festgestellt worden war.

Konnte eine Patientin mit einem derart massiven Befund nicht aufwarten und beweisen, dass sie sich nicht wehren konnte, konnte keiner dem Psychiater oder Therapeuten das schmutzige Handwerk legen. In der Regel verloren die Frauen bereits dadurch, dass ihnen vom Gericht nicht genug Glauben geschenkt wurde. Warum sollte man eine Psychiatriepatientin ernst nehmen?

Die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. befasst sich international seit Jahrzehnten und in vielen Ländern der Erde mit diesem Thema. In Deutschland startete die KVPM 1990 eine beispiellose Aufklärungskampagne.

Nach umfangreichen Untersuchungen und vertraulichen Gesprächen mit Patienten, die von ihrem Therapeuten sexuell missbraucht worden waren, erarbeitete die KVPM im März 1993 einen Gesetzesvorschlag, der Eingang in das deutsche Strafgesetzbuch finden sollte, um so endlich eine Handhabe gegen diese kriminellen Praktiken zu haben.

Jahresring mitbrachte der Neurologe Dr. Rainer E. Patientinnen - und kein Gesetz schützt diese Frauen

Sex auf der Psycho-Couch - in Deutschland erlaubt?



Auch die Medien wurden aufmerksam und berichteten über Sex in der Therapie.



Gesetzesvorschlag der Kommission, 1993.



Aufklärungsbroschüre der Kommission.



„Der Bundesrat hat einen Vorschlag für die Einfügung eines § 174c ins Strafgesetzbuch vorgelegt ... Es ist also so, dass Ihre Forderung breite Unterstützung findet.“

— Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jorzig, 1996
Bundesminister der Justiz a.D. in einem Schreiben an die Kommission

Kaum hatte sich der Verein dieser brisanten Sache angenommen, wurden nach und nach mehr Missbrauchsfälle bekannt. 8,6% der deutschen Therapeuten und Psychologen werden mit ihren Patientinnen intim, fand die Universität Hamburg heraus.

Die renommierte Verhaltensforscherin Dr. Irmgard Vogt aus Frankfurt brachte zutage: „30% der Suchttherapeuten und Berater in der Suchtkrankenhilfe wissen von sexuell intimen Verhältnissen mit Klientinnen und Therapeuten.“

Die Kommission sandte ihren Gesetzesvorschlag zur Bestrafung von sexuellem Missbrauch in der Therapie an Hunderte von Abgeordneten, Ministerien und betroffene Organisationen, um deren Aufmerksamkeit auf diese eklatante Gesetzeslücke zu lenken.

Zahllose Schreiben von deutschen Politikern und Behörden-

vertretern quer durch alle politischen Parteien trafen bei der KVPM ein. Mit großer Mehrheit wurde Unterstützung für die Initiative der Kommission zugesagt, eine Gesetzesänderung herbeizuführen. Die KVPM sensibilisierte zudem große Teile der deutschen Medienlandschaft für ihr Anliegen, was zur Meinungsbildung in der Öffentlichkeit beitrug. 1996 versandte die Kommission mehr als 10000 Exemplare einer Aufklärungsbroschüre über sexuellen Missbrauch an Abgeordnete, Journalisten, Selbsthilfegruppen und andere. Im selben Jahr reisten Kommissionsmitglieder mit der Betroffenen Frau K. nach Brüssel, wo sie vor einem Expertenausschuss der CCHR International berichtete, wie sie von ihrem Psychiater sexuell missbraucht wurde.

1998 schließlich konnten die Kommission und ihre Mitstreiter



Frau K. (im Bild oben links) trug ihre Beschwerde 1996 in Brüssel vor einem Expertenausschuss vor.



Dr. Thomas Szasz (Mitte) mit dem Bundesvorstand der KVPM in Brüssel, 1996.

Bundesgesetzblatt Jahrgang 1998 Teil I Nr. 8, ausgegeben zu Bonn am 20. Januar 1998

22. Nach § 174b wird folgender § 174c eingefügt:

„§ 174c

**Sexueller Mißbrauch
unter Ausnutzung eines Beratungs-,
Behandlungs- oder Betreuungsverhältnisses**

(1) Wer sexuelle Handlungen an einer Person, die ihm wegen einer geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung einschließlich einer Suchtkrankheit zur Beratung, Behandlung oder Betreuung anvertraut ist, unter Mißbrauch des Beratungs-, Behandlungs- oder Betreuungsverhältnisses vornimmt oder an sich von ihr vornimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer sexuelle Handlungen an einer Person, die ihm zur psychotherapeutischen Behandlung anvertraut ist, unter Mißbrauch des Behandlungsverhältnisses vornimmt oder an sich von ihr vornimmt.

(3) Der Versuch ist strafbar.“

Das neue Gesetz gegen Sex in der Therapie.



Barbarische Elektroschocks: Kommission fordert Verbot

Seit 30 Jahren kämpft die Kommission gegen eine der inhumansten psychiatrischen Behandlungsmethoden: den Elektroschock. Der Verein war in Deutschland aktiv an der Aufdeckung besonders gravierender Fälle beteiligt. Die Kommission führte öffentliche Protestaktionen durch und klärte zuständige Politiker über die Tatsache auf, dass der E-Schock auch heute noch zum Standardrepertoire der Psychiatrie gehört. Unzählige Medien wurden über diese Schlachthausmethode informiert (dort wurde der Elektroschock in den 30er Jahren von dem italienischen Psychiater Ugo Cerletti „entwickelt“). Es ist der Arbeit der KVPM zuzurechnen,

dass sich das psychiatrische Lager teilte: Die einen befürworteten nach wie vor den Elektroschock (oder die „Elektrokrampftherapie“ – EKT –, wie es beschönigend heißt), die anderen lehnen diese barbarische Methode mittlerweile strikt ab.

Das Leid der Opfer ist für den Laien unvorstellbar. Der ehemalige Psychiatriepatient Robert Z. gab einem Mitarbeiter der Kommission in Wien folgendes zu Protokoll: „Ich glaube es war 1942. Ich sollte zur Wehrmacht eingezogen werden, wollte aber nicht in den Krieg und auf Menschen schießen. Also habe ich mir überlegt, was ich tun könnte, um nicht an die Front zu müssen. Ein Freund erzählte mir, dass man nicht eingezogen werde, wenn man simuliert, so dass man als ‘depert’ gilt.“

Robert ging nach Wien in die psychiatrische Anstalt und erzählte der Psychiaterin, dass er gerne an die Front möchte, jedoch „Stimmen höre“ und dass er einen undefinierbaren Husten hätte. Daraufhin wurde Robert Z. zur „Beobachtung“ sechs Wochen in die Psychiatrie eingewiesen.

„Was ich dort gesehen habe“, erzählte Robert Z. weiter, „übersteigt alle Vorstellungen, die sich ein normaler Mensch von der Psychiatrie machen kann.

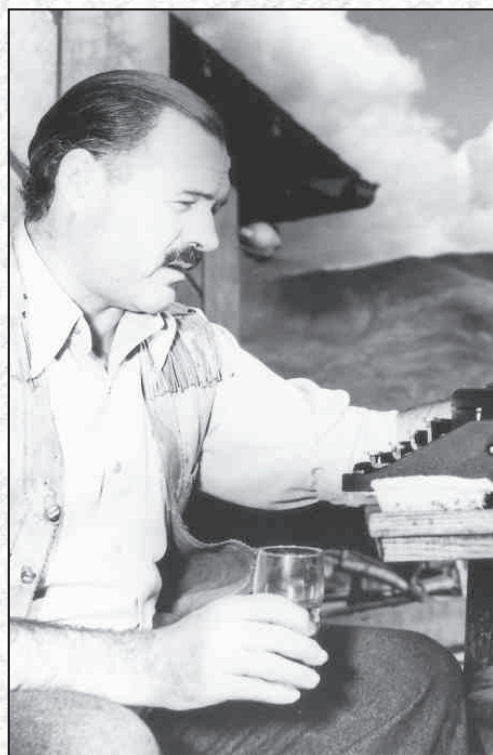
„... Gerade bezüglich der Elektrokrampftherapie ist eine genaue Überprüfung angezeigt. Deshalb befinden wir uns mit verschiedenen Organisationen im schriftlichen Anhörungsverfahren...“

Schreiben einer Landtagsabgeordneten, 2000

Am Mittwoch war ‘Elektroschock-Tag’. Durch ein Fenster in der Tür habe ich beobachtet, dass dort im Zimmer schon ein Psychiater gewartet hat. Die Pfleger wuchteten einen wimmernenden und um Mitleid flehenden „Patienten“ auf das Bett. Es dauerte eine ganze Weile, bis sich das Opfer einigermaßen beruhigt und sich seinem Schicksal ergeben hatte. Der Psychiater nahm die beiden Elektroden, hielt die Strompole an den Kopf des Patienten und schaltete den Strom ein. Das Opfer zuckte und zitterte auf dem eisernen Bettgestell. Man hörte Knochen knacken und Blut floss aus dem Mund des Opfers, weil er sich so auf die Zähne oder Zunge gebissen haben muss. Als er vollkommen ohnmächtig war, schaltete der Psychiater den Strom wieder aus. Ich bin vor Entsetzen und Übelkeit schnell von der Tür weg und lief den Flur entlang. Die beiden Wärter kamen dann mit dem armen Kerl und brachten ihn auf sein Zimmer. Es war grauslich und ich hatte mich hier entschieden, dass mir gar nichts mehr fehlte. Ich wollte unbedingt an die Front. Zwei Wochen später wurde ich als ‘geheilt’ entlassen und war bis 1945 Soldat.“

Robert Z. wurde in den 60er Jahren dann doch noch Opfer der „Heilmethode aus der Steckdose“. Freilich gab man ihm zuvor Beruhigungsmittel und verhinderte durch einen Kieferschutz, dass er sich bei den künstlich erzeugten Krämpfen die Zun-

Robert Z. wurde in den 60er Jahren dann doch noch Opfer der „Heilmethode aus der Steckdose“. Freilich gab man ihm zuvor Beruhigungsmittel und verhinderte durch einen Kieferschutz, dass er sich bei den künstlich erzeugten Krämpfen die Zun-



„Welchen Sinn hat es, meinen Kopf kaputtzumachen, mir mein Gedächtnis ... auszuradieren und mich arbeitsunfähig zu machen?“

Operation gelungen – Patient tot.“

Literaturnobelpreisträger Ernest Hemingway

Nach einer Serie von E-Schocks verübte er Selbstmord.

„Die KVPM war meiner Erfahrung nach eine der ersten oder überhaupt die erste Anlaufstelle, die in den 80er Jahren den Mut hatte, aggressiv ein Tabu zu brechen und einen Blick in die Werkstatt der geschlossenen Psychiatrie zu werfen, psychiatrische Praktiken auch zu kritisieren und die daraus entstehenden Anfeindungen zu ertragen. Das muss man ihr hoch anrechnen.“

— Anton B., *Elektroschocküberlebender*, 2002

ge abtoss. Die Folge der Schocks: Er verlor seine Kenntnisse der französischen Sprache und andere Gedächtnisinhalte. Zeit seines Lebens blieb er ein Sozialfall.

Die Kommission erwirkte für Robert Z. in den späten 70er Jahren seine Rehabilitierung. Er wurde aus der „Irrenkartei“ gestrichen, und der damalige österreichische Bundeskanzler billigte ihm eine Entschädigung zu.

Jene Psychiater, welche die



Beim Elektroschock schießen 100 bis 160 Volt durch das Gehirn.

Stromtherapie immer noch als „ultima ratio“ für „therapieresistente“ Fälle einsetzen, also als die Methode, die nützen soll, wenn Psychodrogen nicht die „gewünschte Wirkung“ zeigen, ließen nicht locker. Vom 26. bis 29. März 1992 veranstalteten sie in Graz einträchtig ein „1. Europäisches Symposium über die Elektrokrampftherapie“.

Nachdem die KVPM in Deutschland von der drohenden Renaissance dieser Foltermethode erfahren hatte, wandte sie sich sofort an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung in Wien, der nichtsahnend als Patron dieser fragwürdigen Veranstaltung ausgewiesen war. Er wandte sich umgehend in einem Schreiben an die Kommission: „Lassen Sie mich Ihnen hinsichtlich Ihrer Bedenken gegenüber dem 1. Europäischen Sym-

posium über die 'Elektrokrampftherapie' mitteilen, dass wir aufgrund Ihres Schreibens die noch ausstehende Subventionierung dieser Veranstaltung einer genauen Prüfung unterziehen werden.“

Das war nur ein erster Schritt. Mit umfangreichen Dokumentationen und Pressemitteilungen klärte die Kommission die Medien in Österreich und Deutschland über die Veranstaltung auf. In der Folge nahmen sich zahlreiche Journalisten dieser Thematik an.

Die Kommission und ihre Schwesterorganisationen setzten sich in Deutschland und in 128 anderen Ländern für ein Verbot von Elektroschocks ein. Der Erfolg blieb nicht aus: Beispielsweise wurde in den Niederlanden die E-Schockbehandlung 1979 verboten. In den amerikanischen Bundesstaaten Texas, Massachusetts, Kalifornien und Colorado wird die Verabreichung von E-Schocks so strikt kontrolliert, dass diese Tortur beinahe nicht mehr zum Einsatz kommt. In der norditalienischen Region Piemont verabschiedete man eine Resolution, wonach E-Schocks bei Schwangeren, Kindern und Senioren verboten werden sollen.

Im Januar 2000 versandte die deutsche Kommission mehr als 10000 Exemplare der Broschüre „Psychiatrie zerstört den Verstand“ zum Thema E-Schocks an Bundestagsabgeordnete, Gesundheitsministerien, Ärzte, Medienvertreter u.a. Die Kommission informierte zahlreiche engagierte Bürger und Gruppen und bat sie, sich aktiv für ein Verbot von Elektroschocks einzusetzen.

Einige Abgeordnete in Bayern, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und auf Bundesebene stellten daraufhin parlamentarische Anfragen.

Anton B. [Anm. d. Red.: Name geändert], E-Schocküberlebender, schrieb im Jahr 2000 an die Bayerische Staatsregierung: „Die EKT in Narkose erinnert mich in makabrer Weise an die Hinrichtungsmethoden der alten Chinesen, die dem Delinquenten große Mengen Opium einflößten, bevor man ihm Glied für Glied amputierte. Eine fortschreitende Amputation geistiger

„... Ich persönlich halte Elektroschocks für eine denkbar ungeeignete Maßnahme ... Ich denke bei der Erwähnung dieses Wortes immer eher an die Anwendung einer Folter, ... daher habe ich auch in der Arbeitsgruppe Gesundheit der ... Bundestagsfraktion darum gebeten, sich mit diesem Thema intensiv zu beschäftigen. Ich hoffe, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem Bereich dazu führen wird, diese Methode der Behandlung nicht mehr anzuwenden ...“

Schreiben eines Bundestagsabgeordneten, 2000

und seelischer Fähigkeiten stellt die Erzeugung künstlicher Epilepsien durch Strom auch dar.“ Die KVPM erhält breite Unterstützung für ihre Aufklärungsarbeit. Sie wertet diese Unterstützung auch als Auftrag, ihr Ziel zu Ende zu verfolgen: die Ächtung und das Verbot der E-Schock-Folter im Tarnmantel der Therapie. ■

Protestkundgebungen

D

ie KVPM führt regelmäßig Demonstrationsveranstaltungen durch, von denen beispielhaft einige auf den folgenden Seiten vorgestellt werden.

Protestmarsch in Graz gegen Elektroschocks

Obwohl die Enthüllungen der KVPM-Schwesterorganisation CCHR über die australische Psychiatrieanstalt „Chelmsford“ weltweit Entsetzen auslösten – 187 Patienten starben, die mit einer „Tiefschlaftherapie“ und Elektroschocks „behandelt“ wurden – veranstalteten Psychiater aus ganz Europa am 26. März 1992 das „1. Europäische Symposium über Elektrokrampftherapie“ (siehe auch Seite 13).

Die KVPM informierte mit Hilfe der Medien eine breite Öffentlichkeit über diese makabre Werbeveranstaltung. Zusätzlich veranstaltete die Kommission einen großen Protestmarsch in der österreichischen Stadt Graz. Mehr als 250 Psychiatriegegner sowie Elektroschockopfer marschierten in einem langen Zug durch die steirische Hauptstadt und protestierten gegen den „Wahnsinn aus der Steckdose“.



KVPM-Marsch gegen Elektroschocks in Graz, 1992.



Schluss mit der Schlachthausmethode!

Die Schlusskundgebung wurde direkt gegenüber dem Veranstaltungsort der E-Schock-Psychiater abgehalten und verfehlte ihre Wirkung nicht. Zudem zeigte die KVPM in der Grazer Universität den Film „Dead Sleep“, eine Dokumentation über die Verbrechen in der Psychiatrieanstalt „Chelmsford“.

„Übergabe“ von E-Schock-Gerät an Schockpsychiater

Einen gehörigen Schock erlebten die Psychiater der psychiatrischen Klinik Rechts der Isar 1991 in München. Nicht nur ein Wartungsmonteur für E-Schock-



Forderung der KVPM: Verschrottung des E-Schockgeräts als gefährlicher Sondermüll.

geräte, der sich an die Kommission gewandt hatte, sondern auch zehn schwarz gekleidete Mitglieder der KVPM überbrachten dem verstörten Psychiater sein frisch gewartetes Elektroshockgerät „Konvulsator 2077“. Dekoriert

war das Stromschockgerät mit einer Trauerschleife, verbunden mit der klaren Forderung, die Stromschockmaschine als „lebensgefährlichen Sondermüll sofort zu verschrotten“.

Demonstration gegen E-Schock und Psychodrogen

Regelmäßig verharmlosen Schockpsychiater die Methode, Patienten Strom durch den Kopf zu jagen, als „letztes Mittel“ um

„Die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte erklärte, es gebe eine breite internationale Protestfront gegen diese angebliche Behandlungsform, die bei namhaften Kritikern im In- und Ausland schlicht als barbarische Therapie aus der Steckdose gilt. Die Folge seien ernstzunehmende Gehirnschädigungen und Gedächtnisverlust. Stromstöße würden höchstens noch in totalitären politischen Systemen als Foltermethode benützt ...“ — *Salzburger Nachrichten vom 24.03.1992*

Depressionen zu heilen. Dieser Umstand hielt die psychiatrische Klinik der TU-München nicht davon ab, ein „Anwendungstraining für den Umgang mit E-Schockgeräten“ durchzuführen.

Die Kommission zerrte diesen heimlichen Versuch, E-Schocks wieder hoffähig zu machen, ans Licht der Öffentlichkeit. Sie verteilte Flugblätter über die fatalen Folgen des E-Schocks und marschierte mit einem Protestzug von der Münchner Innenstadt bis vor die Tore des Krankenhauses Rechts der Isar.

1990: Demonstration in Hamburg gegen Psychodrogen

Nachdem die KVPM in Hamburg in großer Auflage Aufklärungsbroschüren gegen psychiatrische Kinderdrogen veröffentlicht hatte, veranstaltete die

Hamburger Gruppe der Kommission in der Innenstadt eine viel beachtete Demonstration gegen psychiatrische Missstände. Tausende Broschüren wurden an die Bürger Hamburgs verteilt. Die KVPM informierte zahlreiche Me-

dien darüber, wie von Psychiatern versucht wird, Schulkinder und sogar Kleinkinder unter dem Deckmantel der Hilfe unter Drogen zu setzen und sie zu Opfern einer chemisch orientierten Psychiatrie zu machen. ■



Demonstration vor dem Hamburger Rathausmarkt, 1990.

Wochenende, 17./18. Oktober 1992

18 Münchner Merkur Nr. 240

Demo gegen E-Schocks

„Schluß mit der Verstümmelung des Gehirns“ forderte gestern der Verein „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte“. Seine Anhänger demonstrierten gegen die Anwendung von Elektroschocks in der Psychiatrie, denn „Elektroschocks zerstören die Persönlichkeit“, so die Demonstranten. Sie marschierten vom Marienplatz zum Krankenhaus rechts der Isar. Auslöser der Aktion war ein „Anwendungstraining“ der Schockpsychiater in der Psychiatrischen Klinik der TU.



Auch in München demonstrierten Mitglieder und Freunde der Kommission gegen Elektroschocks.



Stasi-Psychiatrie Hohenweitzten-Waldheim

K

**ommission
entlarvt
Gutachter
einer
ehemaligen
Stasi-Klinik als
SS-Psychiater**

1991 wurde bekannt, dass die Psychiatrieanstalt „Hohenweitzten-Waldheim“, ein ehemaliges Zuchthaus bei Leipzig, dazu verwendet wurde, Stasi-Opfer „unterzubringen“. Die KVPM begann die Angelegenheit zu untersuchen.

Bei einer Besichtigung dieser in jeder Hinsicht verkommenen Anstalt stieß die Kommission auf das wahre Ausmaß der DDR-Psychiatrie. Ein Mitglied der KVPM: „Wir fanden immer noch Patienten vor, die wie Tiere in kleinen Zucht-hauszellen gehalten wurden. Elektroschocks waren hier an der Tagesordnung gewesen, um wider-spenstige Regimekritiker zu bän-digen, von den seelisch verstüm-melnden Psychodrogen ganz zu schweigen.“

Dem sächsischen Sozialmini-sterium ging es damals um die Frage, ob die Klinik geschlossen oder reformiert werden sollte. Ein Untersuchungsausschuss wurde einberufen, der über das Für und Wider zu entscheiden hatte. Die vorzeitige Empfehlung der KVPM an das sächsische Sozialministerium war eindeutig: Sofortige Schließung dieser Stätte psychia-trischer Gewalt. Doch der dafür zuständige Ausschuss konnte zu keiner Einigung kommen. Dann entdeckte die KVPM den offen-

sichtlichen Grund der zögerli-chen Haltung: In diesem Aus-schuss, der über die Zukunft einer berüchtigten Stasi-Klinik zu entscheiden hatte, saß als „Gut-achter“ der ehemalige SS-Psychia-ter Dr. Gerhard Harrer. Harrer hat-te 1979 einen Kongress des „Weltverbandes der Psychiatrie“ in Salzburg organisiert und war langjähriger Leiter der Landes-nervenklinik in Salzburg, obwohl er langjähriges Mitglied der SS war.

1932 war der Psychiater Har-rer dem „NS-Schülerbund“ beige-treten, 1935/36 dem „NSD-Stu-

kollegen Harrer geradezu ge-spenstisch.

Anlässlich eines Zusammen-tretens der „Waldheim-Kommissi-on“ im August 1991 im Institut für Forensische Psychiatrie der Freien Universität Berlin, über-sandte die Kommission für Ver-stöße der Psychiatrie gegen Men-schenrechte ein entsprechendes Schreiben an den Gesundheitsmi-nister des sächsischen Staatsmini-steriums in Dresden. Hierin for-derte die KVPM den Minister auf, den Psychiater Professor Dr. Ger-hard Harrer unverzüglich aus der Untersuchungskommission zu

die tageszeitung

Ex-SS-Mann beurteilt Stasi-Psychiatrie

Menschenrechtskommission protestiert bei sächsischer Regierung gegen Ausschluß-Berufung

Berlin (taz) — In dem sächsischen Untersuchungsausschuß zur Ex-Stasi-Nervenklinik Hohenschweitzten-Waldheim in Leipzig sitzt der frühere SS-Mann und jetzige Professor an der Salzburger Universität, Dr. Gerhard Harrer. In einem Schreiben der „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Mensch-

benswerten Lebens“ zimmerten,

Harrer machte auch in seiner Nachkriegskarriere durch umstrit-tene Experimente auf sich aufmerk-sam. So profilierte er sich als vehemen-ter Befürworter der Elektro-schocktherapie und soll nach Anga-be der Kommission in seiner Salz-

burger Klinik einem Patienten ohne dessen Wissen eine Ampulle „Schweinehirnextrakt zur Stärkung seiner Hirnsubstanz“ injiziert ha-ben. Dieser Mann soll nun über die weitere Verwendung der Leipziger Klinik mitentscheiden. Angesichts der Vergangenheit des Salzburger

Experten sei die Parallele zu dem ehemaligen Leiter der Stasi-Klinik, Dr. Poppe, „geradezu gespenstisch“. Poppe wird vorgeworfen, mindestens 12 Röntgenkastrationen und Gehirnoperationen an Patienten der Leipziger Klinik ohne deren Wis-sen durchgeführt zu haben. murke

Einer von zahlreichen Artikeln über den Waldheim-Skandal.

dentenbund“. Bereits im Februar 1938 – noch vor dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich – trat Harrer der SS bei (SS-Nr. 303 067), welche die gesamt-e Massenvernichtung der Juden durchführte.

Der ehemalige Leiter der Stasi-Klinik „Waldheim“, Dr. Wilhelm Poppe, hatte übrigens 12 Röntgenkastrationen und Gehirnoper-ationen an Patienten der Wald-heim-Klinik zu verantworten, die ohne deren Wissen oder Einver-ständnis veranlasst worden wa-ren. Vor diesem Hintergrund scheinen die von der KVPM auf-gezeigten Parallelen zwischen Dr. Poppe und seinem Salzburger

entlassen. Es war geradezu unge-heuerlich, dass ein ehemaliges Mitglied der SS, die vom interna-tionalen Militärtribunal in Nürn-berg als „verbrecherische Organi-sation“ eingestuft worden war, als Mitgutachter über die psychia-trischen Verbrechen ehemaliger Stasi-Psychiater befinden sollte.

Professor Dr. Gerhard Harrer musste den Untersuchungsaus-schuss aufgrund der Aufklärungs-arbeit der KVPM verlassen.

Als weiteren Erfolg konnte die Kommission für Verstöße der Psy-chiatrie gegen Menschenrechte die spätere Schließung der „Wald-heim-Klinik“ verbuchen. ■

Psychiatrie: Tod statt Hilfe?

Todesfälle in der Psychiatrie Kaufbeuren

1997 meldeten zwei PatientInnen der KVPM schier unglaublich anmutende Vorgänge aus der Psychiatrie Kaufbeuren. Unter anderem soll ein Sportler auf rätselhafte Weise in der Psychiatrie gestorben sein. Die KVPM beschäftigte sich nach diversen Hinweisen intensiv mit den behaupteten Vorgängen und fand heraus, dass in dieser Anstalt in 17 Jahren (von 1980 bis 1997) 1263 Patienten gestorben waren. Ein Patient berichtete, dass in einem Waldstück hinter dem Bezirkskrankenhaus etwa 50 bis 80 Ex-Patienten begraben liegen, ohne dass die Stelle als Friedhof ausgezeichnet sei.

Nur ein enger Kreis der Psychiatrieführung wusste von diesen Gräbern, wie sich später herausstellte. Während die Anstaltsleitung alles unternahm, um die Ermittlungen der KVPM zu behindern, brachte sich die Psychiatrie Kaufbeuren immer wieder selbst in die Schlagzeilen. Im Mai 1998 verübte der Filmschauspieler Raimund Harmstorf Selbstmord, wenige Tage nachdem er sich an die Psychiatrie Kaufbeuren mit der Bitte um Hilfe gewandt hatte. In einem anderen Fall erwürgte ein Pfleger eine hilflose Patientin. Die Kommission hielt Mahnwachen ab, verteilte Tausende Flugblätter in der Stadt und informierte die Presse. Die KVPM dokumentierte eine Reihe von Missbrauchsfällen und reich-

te Strafanzeigen wegen Betrugs und Gefangenenbefreiung ein. Eine ehemalige Patientin schrieb an die KVPM: "Vielen Dank für Ihre mutigen Untersuchungen dieser Psychiatrie. Durch Ihren Einsatz ist endlich das große Schweigen über die unmenschli-



Toronto 1998: Anlässlich einer Psychiatrieveranstaltung protestiert CCHR International gemeinsam mit der KVPM gegen Todesfälle.

chen Vorgänge in dieser Anstalt gebrochen worden. Ihre Aktionen haben spürbare Veränderungen in der Anstalt verursacht."

2000: Ungeklärte Todesfälle in der Uni- Psychiatrie Frankfurt

Zwei Patientinnen der geschlossenen Station der Universitätspsychiatrie Frankfurt starben unter mysteriösen Umständen, das eine Opfer 30 Jahre alt, das andere 44 Jahre. Jutta Laue, Rechtsanwältin und Mutter der verstorbenen 30-jährigen Stefanie, stellte Strafanzeige wegen

fahrlässiger Tötung und bestellte sich auch für die Angehörigen des zweiten Opfers. Der Staatsanwalt leitete Ermittlungen ein, Hausdurchsuchungen folgten. Drei Pfleger wurden vorerst suspendiert. Zwei der verantwortlichen Psychiater verschwanden ins Ausland. Im Körper der 30-jährigen Stefanie stellte die Gerichtsmedizin u.a. ein Narkosemittel fest, das in der Psychiatrie laut Fachleuten nichts zu suchen hat. Die Mutter erstattete daraufhin auch Anzeige wegen Mordes. Die KVPM reichte Beschwerde bei der Ärztekammer ein. "Diese Station war eine Folterkammer für meine Tochter", so Jutta Laue. Bei Besuchen war ihre Tochter meist vollgepumpt mit Psychopharmaka und ans Bett gefesselt. Mitte 2002 dauerten die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft noch an.

2000: Leiter der Mainzer Psychiatrie im Visier des Staatsanwalts

Laut DER SPIEGEL (46/2000) hat der Leiter der Psychiatrie am Mainzer Universitätsklinikum, Otto Benkert, für Arzneimittelstudien fast 2,5 Millionen Mark privat von Pharmafirmen kassiert, ohne die laut Arbeitsvertrag fälligen 30 Prozent – rund 820.000 Mark – an die Uni-Kasse abzuführen. Damit hatte er seinen Dienstherrn schwer geschädigt. Die Staatsanwaltschaft Mainz beantragte deshalb gegen Benkert, einen Strafbefehl über elf Monate Haft auf Bewährung sowie eine Geldbuße in Höhe von 400.000 Mark. Zudem sollte der Psychiater dem Klinikum Schadensersatz in Höhe von 1,6 Millionen Mark leisten. Benkert nahm den Strafbefehl an. Um seinem Rauswurf vorzuzukommen, beantragte er selbst seine Entlassung aus dem Staatsdienst. ■

Großveranstaltungen



Protestmarsch mit mehr als 1000 Teilnehmern aus ganz Europa am 2.7.2001 in Berlin gegen die so genannte „Biologische Psychiatrie“.

Berlin: Öffentliche Warnung vor der „Biologischen Psychiatrie“ am 2. Juli 2001

Am Montag, den 2. Juli 2001, trafen sich mehr als 1000 Psychiatriegegner, Experten und Betroffene an der Gedächtniskirche in Berlin zu einem Protestmarsch und zu einem „Konzert für Menschenrechte in der Psychiatrie“. Diese von der KVPM-Bundesleitung anlässlich des VII. Weltkongresses der „Biologischen Psychiatrie“ organisierte Veranstaltung zog über den Berliner Kurfürstendamm bis zum Veranstaltungsort des Psychiatriekongresses. Vor den Toren des Kongresszentrums hielt die Kommission eine mehrtägige Mahnwache, bei der unter dem Motto „Psychiatrie tötet“ auf sechs Schaubildern psychiatrische Friedhöfe in Kaufbeuren, München-Haar und Düsseldorf-Grafenberg zu sehen waren. Eine weitere Schautafel griff einen Skandal um mysteriöse Todesfälle in der Universitätspsychiatrie Frankfurt auf. Die Veranstaltung fand großen Anklang bei der Öffentlichkeit.

Bei der anschließenden Abschlusskundgebung kamen zahlreiche Psychiatrieopfer zu Wort und berichteten über ihre erschütternden Erlebnisse in ver-

schiedenen deutschen Anstalten. Trauriger Höhepunkt war die bewegende Ansprache von Frau Elvira Manthey, einer Überlebenden der Nazi-Psychiatrie, die bis heute um ihre Rehabilitation kämpft. Bislang wurde ihr – wiederum von Psychiatern – diese Rehabilitation verweigert.

Großveranstaltung der KVPM anlässlich des XI. Kongresses der Weltvereinigung für Psychiatrie (WPA) in Hamburg am 7. August 1999

Die Weltvereinigung der Psychiatrie (WPA) hatte sich für ihren XI. Kongress die Hansestadt Hamburg als Tagungsort ausgesucht – nicht ganz ohne Hintergedanken, wie man in der Hannover-



Verschiedene Medien griffen die Proteste der Kommission auf.



schen Allgemeinen nachlesen konnte. Dort erklärte der Vorsitzende des deutschen Organisationskomitees, der Psychiater Wolfgang Gaebel: „Die Entscheidung für Deutschland setzt allerdings ein deutliches Zeichen, dass trotz des systematischen Missbrauchs der Psychiatrie in der Zeit des Nationalsozialismus Deutschland als Standort für einen psychiatrischen Weltkongress international akzeptiert wird.“

Das klingt gerade so, als wäre die Psychiatrie durch die Nazis missbraucht worden und selbst „Opfer“. Tatsache ist jedoch, dass



Protestmarsch durch die Berliner Innenstadt.

„Als Pharmazeutin und Toxikologin warne ich vor der Gefährlichkeit psychiatrischer Behandlung mit Psychopharmaka und anderen Methoden, die zur Persönlichkeitszerstörung führen können, sogar zum Tod. Ich danke der KVPM für ihren bemerkenswerten Einsatz, die Wahrheit ans Licht zu bringen.“

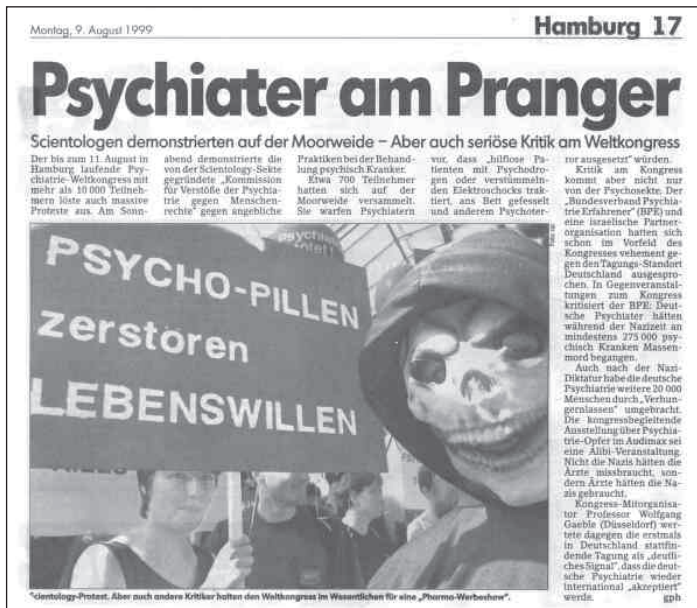
— Dr. Eleonore Procházka, Toxikologin

es Psychiater waren, die sowohl für die theoretischen Grundlagen des Holocaust verantwortlich zeichneten als auch für die grausame Ermordung unzähliger „Untermenschen“ und „Lebensunwerter“, wie in dem von der KVPM recherchierten Buch „Die Männer hinter Hitler“ nachgewiesen wird.

Psychiater Gaebel sah sich nicht nur in seiner Eigenschaft als Leiter des WPA-Kongresses, sondern auch als Chef der Psychiatrieanstalt Düsseldorf-Grafenberg schweren Vorwürfen ausgesetzt. Bei der von der KVPM-Bundesleitung organisierten Gegenveranstaltung mit mehr als 2000 Teilnehmern aus der ganzen Welt klagte die Mutter eines Mädchens, das in Gaebels Anstalt ein- saß, den Psychiater öffentlich an: „Das Leben meiner Tochter wurde durch psychologische und psychiatrische Behandlung zerstört.“ Die Eltern stellten Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung.

Die Tochter eines weiteren Psychiatrieopfers aus der von Gaebel geleiteten Psychiatrie erklärte, dass ihre Mutter nach fünftägiger psychiatrischer „Behandlung“ mit Psychodrogen gestorben sei. Nach einem langen und Aufsehen erregenden Marsch durch die Hamburger City bis vor den Veranstaltungsort im Congress Centrum, fand unter Beteiligung namhafter Psychiatriegegner aus dem In- und Ausland eine große Schlusskundgebung statt.

Das Echo der Presse war überwältigend. Beispielsweise erfolgte die Meldung über die KVPM-Veranstaltung stündlich übers Radio. Zahlreiche Zeitungen berichteten. ■



Bilder von der KVPM-Großveranstaltung in Hamburg.



Abschlusskundgebung bei der KVPM-Demonstration im August 1999.



Protest mit Friedhofskutsche.



„Das Jubiläum Ihrer Kommission gibt Anlass, Ihnen weiterhin Kraft zu wünschen zu Ihrem mutigen Kampf um Erhellung eines der dunkelsten Kapitel deutscher Gegenwart.“

— Jutta Laue, Rechtsanwältin, 2002

Neue Presse Frankfurt Samstag, 17. März 2001

Tod von zwei Patientinnen Mutter klagt an: Station war Folterkammer

Frankfurt. Nach Hausdurchsuchungen auf der geschlossenen Station 95,1 der Psychiatrie des Uni-Klinikums in Frankfurt am Main hat eine erfahrene und auf Strafrecht spezialisierte Rechtsanwältin, hat sich inzwischen dem staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren angeschlossen.

Der Spiegel 46/2000



PSYCHIATRIE Haftstrafe für Chefarzt

Die Staatsanwaltschaft Mainz hat gegen den Psychiatriechef des Mainzer Universitätsklinikums, Otto Benkert, einen Strafbefehl über elf Monate Haft auf Bewährung und eine Geldbuße in Höhe von 400 000 Mark beantragt. Darüber hinaus soll der renommierte Psychiater dem Uni-Klinikum Schadensersatz in Höhe von 1,6 Millionen Mark zahlen. Dem 60-jährigen Benkert wird vorgeworfen, allein zwischen 1993 und 1997 für Arzneimittelstudien fast 2,5 Millionen Mark privat von Pharmafirmen kassiert zu haben.

Frankfurter Rundschau Tote in Uniklinik: Polizei ermittelt

In vergangenen Jahr starben auf der geschlossenen Station der Psychiatrie in der Frankfurter Uniklinik zwei Patientinnen unter rätselhaften Umständen. Jetzt haben Polizei und Staatsanwaltschaft die Klinik sowie Wohnungen des Pflegers als Verdachtsorte durchsucht. Wie genau die Mordtaten begangen wurden, ist noch unklar. Die Polizei ermittelt.

Die Kripo verdächtigt einen Pfleger nach zwei mysteriösen Todesfällen in der Psychiatrie. In Frankfurt am Main starben im vergangenen Jahr zwei Patientinnen auf der geschlossenen Station der Psychiatrie in der Frankfurter Uniklinik. Die Polizei ermittelt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.9.2001

Gefängnispsychologe im Dienst der Drogenmafia

Schwerer Verdacht führt zu Verhaftung in Kassel. Ein Gefängnispsychologe war nach Auffassung der Frankfurter Staatsanwaltschaft an einer spektakulären Gefängniseingebung beteiligt, bei der vier schwerwiegend verurteilte Straftäter in Kassel inhaftiert wurden.

Zwei Patientinnen starben Pfleger unter Verdacht

Frankfurt. Die Staatsanwaltschaft hat die Aufklärung der Mordtaten an zwei Patientinnen in der Frankfurter Uniklinik als prioritäre Aufgabe bezeichnet. Die Ermittlungen sind im Fortschritt.

Skandal um Kinderpsychiater

Ein Mordfall in Österreich führt auf die Spur möglicher Sexualdelikte. Von Michael Frank. Wien - Ein zunächst rätselhafter Mordfall in Kärnten wächst sich zu einem Skandal aus. In Pörschach unweit der Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt war am 8. Dezember die österreichweit geringste Kinderpsychiaterin Hildegard Wurst umgebracht worden.

Zu viele Gutachten: Arzt droht die Entlassung

Psychiater soll Gefängnis-Arbeit vernachlässigt haben. Von Angela Wähler. München - Wenn ein Gutachter gegen die Meinung der Staatsanwaltschaft in einem Strafverfahren steht, droht er die Entlassung.

Entlassung: Gefängnis-Psychiater gibt auf

München - Wo er auch arbeitete, er bekam Ärger. 1988 warfen die Häftlinge im Straubinger Gefängnis dem Anstaltspsychiater Thomas Schwarz (45) vor, sie mit erlaubten Substanzen ruhig zu stellen. Schwarz wurde zum Auslöser einer Gefängnis-Meuterei.

Der Sex-Experte — ein Sex-Sadist

Ein Psychologe macht Mädchen (16) mit Kokain gefügig. Von Erika Lorenz. München - Ein Mann Experte für Diagnostik und Behandlung von Kindern und Jugendlichen wurde in München als Sex-Sadist und „Bewerber von Schwänzen“ bezeichnet. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.

„Focus“ vom 13. August 2001 (Heft 33)

PSYCHIATRIE Schmerzengeld für Opfer

Das bundesweit bekannte Psychiatrieopfer Vera Stein hat einen Erfolg vor dem Landgericht Frankfurt/Main erlangt. Die 42-Jährige erhält 20 000 Mark Schmerzengeld vom Universitätsklinikum, weil die

Deutschland

die laut Arbeit 30 Prozent - an die Uni- Er hat damit Staatsanwaltschaft scher Absicht Nebentätigkeit geben und schwer gesch den Strafbefe

Strafzeigen gegen die Ärzte und Pfleger

Der Staatsanwaltschaft in Neustadt an der Weinstraße liegen zwei Anzeigen gegen Ärzte und Pfleger vor, die die Lockerung im Maßregelvollzug von Frank-Schönwald verantworten. Der Bund Deutsche Kriminalbeamten erstattet Anzeigen wegen des Verdachts der Gefangenentretung und der Beihilfe zu einem Tot

verliert einen Teil seiner Rente als Altenpfleger arbeiten

Stress im Job, Stress in der Ehe: Arzt wurde stüchtig und überfiel eine Parfümerie. Ein Arzt, der als Altenpfleger arbeitet, verliert einen Teil seiner Rente.

Falsche Pillen vom Stasi-Psychiater

Vor dem Berliner Landgericht hat gestern der erste Prozess gegen einen Arzt der Stasi wegen Körperverletzung von

Schadensersatz für zwei Jahre Klinik?

Vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main klagt wegen Unterbringung in einer geschlossenen Anstalt

Hannoversche Allgemeine Zeitung 7.8.2001

Rentner: Das ist Freiheitsberaubung

Bei Zwangseinweisungen in die Psychiatrie müssen Patienten oft tagelang auf einen Richter warten

Ein 74-jähriger Rentner aus Laatzen hat sechs Tage gegen seinen Willen in einer geschlossenen Psychiatrie-Einrichtung zugebracht. Jetzt will er den einweisenden Arzt wegen Freiheitsberaubung anzeigen. In Handbroschen an die Frage gekettet hat ihn die Polizei in die Klinik gebracht - seiner Ansicht nach auf Grund eines Missverständnisses: Der Notarzt glaubte, er wolle sich das Leben nehmen. An einem Sonntag wurde er zwangseinweisung, erst am Freitag kam ein Richter und verfügte seine Entlassung. Das Gesetz sieht die richterliche Anhörung „unverzüglich“ vor. Gerichte und Verwaltungsbehörden entscheiden aber in solchen Fällen häufig nach Aktenlage. Der 74-Jährige, der ein „autonomes Wesen“ hat, wie seine Frau einräumt, erholt sich nur mühsam von einer Bypass-Operation und darf sich nicht aufregen.

München und Bayern Bildzeitung

Psycho-Patient zum angekündigten Morddrama entlassen

Staatsanwalt macht Psychiater den Prozess

Ein Mann, der als Psycho-Patient in der Uniklinik in Frankfurt am Main inhaftiert war, ist zum angekündigten Morddrama entlassen. Der Staatsanwalt macht den Psychiater den Prozess.

Die Männer hinter Hitler

Kommission entlarvt Psychiater als Täter

A

nfang der 90er Jahre recherchierte die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte für ein Buch, das 1994 veröffentlicht wurde: „Die Männer hinter Hitler“.

Es war ein Wagnis, dieses Buch über die deutsche Psychiatrie nahezu 50 Jahre nach den Grauen des Zweiten Weltkriegs zu veröffentlichen. Immerhin hatten sich viele prominente Psychiater, die sich im Dritten Reich als wahre Monster betätigt hatten, nach dem Krieg wieder ganz schnell in der neuen Bundesrepublik nach oben gedient. Die alten Seilschaften funktionierten ausgesprochen gut. Diese Psychiater, teilweise ehemalige SS-Angehörige und fanatische Verfechter einer abstrusen Rassentheorie,



Juni 2000: Gemeinsam mit Holocaust-Überlebenden aus Deutschland und Tschechien veröffentlicht die KVPM die tschechische Übersetzung von „Die Männer hinter Hitler“ in Prag.

Grundsteinleger und Mitvollstrecker des Holocaust, dem mehr als 6 Millionen Menschen zum Opfer gefallen waren, hatten genügend Zeit, sich in der neuen Republik zu etablieren. Sie lehrten an deutschen Universitäten und praktizierten in Kliniken und Anstalten. Zum Hohn der vielen Opfer erhielt mancher sogar noch das Bundesverdienstkreuz oder andere hohe Auszeichnungen. Die einstige „Rassenhygiene“ wurde umbenannt in „Biogenetik“. Nachdem es in der neuen Republik kein einfaches Töten der „Selektierten“ mehr gab, entstanden abenteuerliche Diagnosen, um die irgendwie auffällig gewordenen Subjekte, die man heute „psychisch kranke Patienten“ nennt, aus dem Volkskörper zu entfernen oder zumindest mit psychiatrischen Drogen in eine Art künstliches Koma zu ver-

setzen. Dem „resistenten“ Patienten (Psychiaterjargon: „Wenn alle anderen therapeutischen Maßnahmen nicht helfen...“) verabreichte man Elektroschocks. Dass die Psychiatrieelite Deutschlands nicht gerade euphorisch auf das Buch „Die Männer hinter Hitler“ reagierte, erklärt sich von selbst. Für die zahlreichen Kritiker der Psychiatrie war dieses Buch allerdings ein Muss.

In jahrelanger Kleinarbeit wurden unzählige Dokumente zusammengesortiert und ausgewertet, um die tatsächlichen Zusammenhänge zu rekonstruieren, die zur Rassentheorie und zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ geführt hatten. Namhafte Autoren, wie beispielsweise Ernst Klee, hatten bereits früher eine beispiellose Aufklärungsarbeit zur NS-Psychiatrie geleistet. Der Kommission ging es aber nicht nur darum, ein weiteres Sachbuch über die Gräueltaten und das Grauen der deutschen Psychiatrie während des Hitlerregimes zu pu-

22



1995: Bei Gedenkfeiern in Hamburg-Neuengamme, Bergen-Belsen und Dachau werden Überlebende und Besucher über die wahre Geschichte der deutschen Psychiatrie aufgeklärt.

„Ich bewundere die Mitarbeiter der KVPM für ihren Mut und ihre Beharrlichkeit eklatante Menschenrechtsverletzungen in der Psychiatrie aufzudecken und Abhilfe zu schaffen, und ich gratuliere Ihnen herzlich zu Ihrem 30-jährigen Bestehen.“

— *Elvira Manthey, letzte Überlebende der Nazi-Psychiatrie Brandenburg-Havel, 2002*

blizieren. Das Buch „Die Männer hinter Hitler“ legt den Finger schonungslos auf die auch heute noch klaffenden Wunden der Psychiatrie und ihrer Verbände und Standesorganisationen, die jahre- und jahrzehntelang den Mantel des Schweigens über die eigene Vergangenheit gebreitet haben – und es auch heute noch tun. Es zeigt die immer noch vorhandene Identifikation mit Nazi-Psychiatern und ihren Vordenkern auf, die bis heute die Arbeitsweise und Gesinnung der deutschen Psychiatrie und den psychiatrischen Alltag prägen. Es zeigt auch auf, dass ehemalige Nazi-psychiater, die eigentlich rechtmäßig hätten verurteilt werden müssen, weiterhin in Ehren gehalten werden.

Als Beispiel für viele, die vor und nach dem Krieg unbehelligt als Psychiater in Deutschland tätig waren und im Namen der Wissenschaft Menschen missbrauchten, gilt der Rassenpsychiater Ernst Rüdin (1874 – 1952). Zu seinen Forschungsge-

bieten gehörte die „Vererbbarkeit von Geisteskrankheiten“. Rüdin lieferte die medizinisch-wissenschaftliche Grundlage für die nationalsozialistischen Sterilisationsgesetze und gilt als Vater der so genannten „Rassenhygiene“ – lange vor der Machtergreifung durch Adolf Hitler, der ihn später für seine „Dienste“ mehrfach auszeichnete.

Das Buch „Die Männer hinter Hitler“ beschreibt auf 359 Seiten nicht nur die barbarischen Untaten deutscher Psychiater und wie sie ungeschoren davonkommen konnten, sondern deckt auch auf, dass die ursprünglich von Rassentheoretikern zusammengesetzte Theorie der „Selektion“ auch heute noch gang und gäbe ist. Das könnte auch erklären, warum vor dem Erscheinen dieses Buchs kaum eine psychiatrische Interessenvertretung fähig war zu bekennen, dass die Psychiatrie als Erfinder und Verfechter der Rassenhygiene der Wegbereiter der organisierten Vernichtung von Millionen von Men-



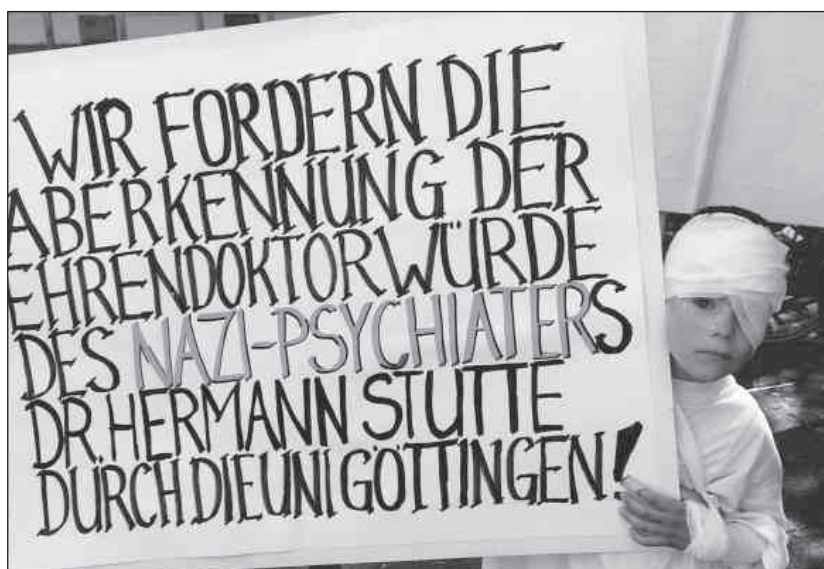
Die Männer hinter Hitler:
ISBN 3-9520639-0-8

schen war.

Die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte lieferte mit der Herausgabe dieses Buches nicht nur einige fehlende Teile im Puzzle der deutschen Vergangenheitsbewältigung. Das wichtige und leicht verständliche Aufklärungswerk über die Nazi-Psychiatrie war seit seiner Herausgabe auch Grundlage zahlreicher Aktionen, die von der KVPM durchgeführt wurden. Über 10 000 Exemplare des Buches wurden allein in deutscher Sprache an Multiplikatoren von der KVPM verschickt. Das Buch ist in Englisch erhältlich und wird in allen wichtigen Sprachen verlegt werden.

Reaktionen aus der Öffentlichkeit

„Das Aufzeigen der geschichtlichen, ideologischen und personalen Kontinuität inhumaner psychiatrischer Praxis vom 19. Jhd. über die Nazizeit bis in die Nachkriegsepoche ist zweifellos ein großer Verdienst dieses Buches.“



1995: Die Kommission fordert die Aberkennung der Ehrendoktorwürde des NS-Psychiaters Stutte in Göttingen.



Nachdem ich als Psychotherapeut über sechs Jahre an einer psychiatrischen Großklinik den subtilen Psychoterror gegen die hilflosen und zumeist der Unterschicht entstammenden Patienten in allen Details erlebt habe, ist mir nach der Lektüre einiges klarer geworden. Sie dürfen ohne Übertreibung nicht nur von einzelnen besonders krassen Menschenrechtsverbrechen in der Psychiatrie ausgehen, sondern davon, dass das System und das dahinter stehende Denken selbst zutiefst unwissenschaftlich und kriminell ist. Warum? Weil es den Menschen entgegen besseren Wissens weiterhin als seelenlose biologische Maschine konzipiert, die wieder für den Produktionsprozess zum Laufen ge-

bracht werden soll... Viel Erfolg für Ihre weitere Arbeit."

Dr. Walter A., Dipl. Psychologe

"... Wir möchten Ihnen versichern, dass dieses Werk eine wertvolle Bereicherung unseres Bibliotheksbestandes darstellt."

Universitätsbibliothek

"Ich möchte Ihnen... für dieses Geschenk an die jüdische Bibliothek der Jüdischen Gemeinde zu Berlin sehr herzlich danken."

Bibliotheksleiter

"Ich darf mich herzlich für die Übersendung des Buches bedanken, das ich im Rahmen des Verbandes zirkulieren lassen werde. Gleich Ihnen erachte ich die Erforschung der Ursachen des grauenvollen Geschehens für erforderlich ... Alleine mit dem Anreißer der von Ihnen intensivierten Fragestellungen wird ... schon ein erster Schritt in der Erarbeitung der Problematik ge-



Selbst im Ausland berichteten Medien über das Aufsehen erregende Buch.

tan, für diesen mutigen Schritt können Ihnen alle nur danken."

Landesverband der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitswesens

Die Reaktion der Psychiatervereinigung

Die Kommission wurde von vielen Betroffenen ermutigt, die ursächliche Verwicklung der Psychiatrie in die Entstehung des Holocaust einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Reaktion führender deutscher Psychiater auf die Veröffentlichung des Buchs hätte typischer nicht sein können. Sie zeigten nicht die Spur von Scham für die Leiden, die ihr Berufsstand „unwertem Leben“ zugefügt hatte. Der ehemalige Präsident der „Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde“ (DGPPN), der bereits erwähnte Professor Gaebel, sah trotz der belegten Verantwortung seines Berufsstandes keine Veranlassung, sich zumindest bei den überlebenden NS-Psychiatrie-Opfern zu entschuldigen. Stattdessen forderte er in einem Brief den damaligen Bundesinnenminister Kanther und den damaligen Bundesarbeitsminister



August 1999: Frau Manthey mit einem „Gesandten“ Professor Gaebels. Er selbst zog es vor, nicht persönlich zu erscheinen.



Bild links: Die Bundesleitung der KVPM setzte bei der Stadt Hamburg die Änderung eines Straßennamens durch, mit dem an den Psychiatrie-Papst und NS-Vordenker Emil Kraepelin erinnert werden sollte. Bild rechts: Durch ein Zusatzschild wird nunmehr erläutert, dass ab sofort sein „unbelasteter“ Bruder Karl Kraepelin gemeint ist.



„Die Techniken des Ermordens durch Gas wurden in den psychiatrischen Einrichtungen erprobt... Die wenigsten der Täter in den psychiatrischen Anstalten wurden hart bestraft... Die weitaus größte Zahl konnte ihre Tätigkeit in Medizin und Psychiatrie fortsetzen.“

— *Andrea Fischer, Bundesgesundheitsministerin a.D., in ihrer Rede am 11. März 2000 in Pirna-Sonnenstein*

Blüm auf, gegen die KVPM und die Scientology Kirche „vorzuziehen“. Damit aber nicht genug. Die Kommission hatte mit der Veröffentlichung des Buches den Präsidenten der „Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde“ offenbar tief ins Mark getroffen. In der Psychiatriezeitung „Spektrum“ erschien im Dezember 1995 ein seitenlanger Artikel gegen „Die Männer hinter Hitler“. Die Wahrheit hinter den Kulissen: Zwischen 1935 und 1992 standen zwölf Präsidenten an der Spitze der DGPPN, die Nazi-Psychiater, T4-Gutachter (benannt nach der „Tiergartenstraße 4“ in Berlin, wo die Tötung von psychisch kranken Patienten beschlossen wurde) oder Schüler von solchen waren!

Der Fall Elvira Manthey

Gaebel hätte sich eine gute Gelegenheit geboten, im Namen der DGPPN wenigstens einen kleinen Schritt in Richtung Wiedergutmachung zu leisten. Nach Erscheinen des Buches wandte sich Elvira Manthey mit ihrer Leidensgeschichte an die KVPM. Immer wieder hatte sie ergebnislos versucht, das Stigma „schwachsinnig“, das ihr von Nazi-Psychiatern angeheftet worden war, in ihren Akten gelöscht zu bekommen. Die KVPM brachte den Fall Manthey an die Öffentlichkeit und schrieb Briefe; das Gleiche tat Frau Manthey selbst. Weder Professor Gaebel noch die DGPPN (sie ist die Rechtsnachfolgerin der NS-Psychiater-Vereinigung)

waren bisher gewillt, einen Fehler ihrer geistigen Väter einzugestehen oder gar zu korrigieren. Ein paar unverbindliche Zeilen waren alles, wozu sie sich herabließen. Einen besseren Beweis für die Geringschätzung der Opfer hätten sie nicht liefern können.

Die Geschichte der Elvira Manthey ist so tragisch wie typisch: Im September 1938 war sie



2000: Frau Manthey mit KVPM-Vertretern vor dem Max-Planck-Institut für Psychiatrie in München. Die Delegation fordert, die Holocaust-Überlebende zu rehabilitieren.

im Alter von sieben Jahren von einem NS-Anstaltspsychiater für „schwachsinnig“ erklärt worden, weil ihr Vater als „arbeits scheu“ eingestuft worden war. Gemäß dem „Erbgesundheitsgesetz“ der Nazis galt „Arbeits scheue“ als vererbbar. Elvira Manthey wurde in die berüchtigte Anstalt Uchtspringe nahe Berlin gebracht. Dort musste sie mit ansehen, wie „viele Kinder eine Spritze bekamen und am nächsten Tag tot waren“. Ihre jüngere Schwester – eingewiesen mit der gleichen „Diagnose“ wie sie selbst – wurde Ende August 1940 abtransportiert und in der Psychiatrie-Gaskammer des alten Zuchthauses in Brandenburg/Havel ermordet. Weiter be-

richtet Frau Manthey: „Ich stand eine Woche später, schon ausgezogen, auch vor dieser Gaskammer. Wie durch ein Wunder durfte ich wieder umkehren.“ Sie gehört zu den wenigen Überlebenden des NS-Kinder-Tötungsprogramms, bei dem Psychiater Regie führten.

Vergangenheitsbewältigung

Im November 1995 übersandte die KVPM dem Promotionsausschussvorsitzenden des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Universität Hamburg, Prof. Dr. Reinhard Bork, einen Vorschlag zur Änderung der Promotionsordnung. Anlass dazu war die von der Kommission geforderte Aberkennung der Ehrendoktorwürde des verstorbenen Nazi-Psychiaters Werner Villinger. Als leitender Arzt in Bethel bei Bielefeld

wurden unter ihm bis Oktober 1935 2675 Sterilisationsanzeigen erstattet und 460 Sterilisationen durchgeführt. Am 1. Mai 1937 trat er der NSDAP bei und wurde am 28. März 1941 in der Liste der T4-Gutachter aufgeführt, jener Gruppe von Psychiatern, die entschieden, wer im Rahmen der „Aktion Gnadentod“ umgebracht werden sollte.

In Ehren gehaltene Nazi-Psychiater sind keine Seltenheit, sondern die Regel. Ein anderer Fall: Die KVPM fand heraus, dass die Juristische Fakultät in Göttingen noch immer den Namen des NS-Gutachters und Nestors der Kinder und Jugendpsychiatrie, Hermann Stutte, mit dem Zusatz „Eh-

rendoktor“ dekoriert hatte. Stutte (Mitglied der SA und NSDAP) war drei Jahre lang Vorsitzender der „Deutschen Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychiatrie“, der Nachfolgevereinigung der nationalsozialistischen „Deutschen Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik“. Bei deren Gründungsveranstaltung im Jahre 1939 wurde die Tätigkeit der damaligen Psychiater damit gerechtfertigt, dass man bei dem untersuchten „Kindermaterial“ eine „ungewöhnlich hohe erbliche Belastung“ festgestellt habe, „die für das Volksganze eine unerträgliche Gefährdung bedeuten würde“. Stutte kam 1946 unbehelligt als Oberarzt der Universitätsklinik nach Marburg. 1954 besetzte er den ersten deut-

schischen Lehrstuhl für Kinder- und Jugendpsychiatrie in der neuen Bundesrepublik. Noch 27 Jahre nach Kriegsende äußerte sich Stutte offiziell zur Notwendigkeit der Sterilisation Behinderter und erhielt (wie bereits erwähnt) den Ehrendokortitel.

Ein weiterer Täter wurde öffentlich zur Verantwortung gezogen, nachdem engagierte Überlebende und Angehörige sowie die KVPM in Österreich und in Deutschland seine Vergangenheit aufgedeckt und Gerechtigkeit gefordert hatten. Der Nazi-Psychiater Heinrich Gross hatte als junger Oberarzt in NS-Uniform die Tötung von Hunderten von Kindern in der Kinder-Nervenklinik Spiegelgrund in Wien angeordnet. Die Qualen, die seine Opfer vorher erleiden mussten, sind zu grausam, um sie zu schildern. Vor ihrer Ermordung fotografierte Gross sie ein letztes Mal – meist nackt. Hinterher schnitt er ihnen die Gehirne heraus, um sie zu untersuchen. Er sammelte sie gut präpariert in ei-

nem Keller, insgesamt 399 Stück.

Nach dem Krieg wurde er zwar wegen „Mittäterschaft am Totschlag“ vor Gericht gestellt, das Urteil wurde aber wegen eines „Formfehlers“ aufgehoben. Gross war ein freier Mann. Unbehelligt genoss der Ex-Nazi-Psychiater die nächsten 50 Jahre und machte Karriere. Er stieg zu einem der angesehensten Psychiater in Österreich auf. Als er

Menschenteile seiner Opfer an das „Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik“ in Berlin-Dahlem. Dort war Mengeles Doktorvater, Otmar Freiherr von Verschuer, als Direktor tätig. Wie viele Kinder (besonders Zwillinge) für die obskuren Rasseforschungen umgebracht wurden, lässt sich heute nur noch erahnen. „Die Täter sind inzwischen tot

Menschenrechte vor Forschungszielen

Max-Planck-Gesellschaft entschuldigt sich für Biowissenschaft in der NS-Zeit

BERLIN (rn). Es darf keine Forschungsziele geben, die die Missachtung der Menschenwürde rechtfertigen. Dieses Bekenntnis zur Selbstbeschränkung ist Teil einer Erklärung der Max-Planck-Gesellschaft (MPG).

An den unverzichtbaren Rechten und der unanastbaren Würde des Menschen müsse die Freiheit der Wissenschaft ihre Grenzen finden, heißt es in der Erklärung weiter. Was sich hier wie ein Beitrag zur aktuellen Diskussion um die Gen- und Biotechnik, soll Licht in jene Zeit bringen, als der MPG-Vorgänger noch unter dem Namen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) an nationalsozialistischen Menschenversuchen beteiligt war.

MPG-Präsident Hubert Markl hat mit der Erklärung ein Symposium der gelegentlich

auch als „Nobelpreis-Schmiede“ bezeichneten Wissenschaftsorganisation eingeleitet. Eine Forschungsgruppe hat fünf Jahre Zeit, die Beteiligung der Institute an NS-Verbrechen und die Schuld von Wissenschaftlern zu untersuchen. Zu den schon vorliegenden Ergebnissen gehört, dass die Berliner Institute für Hirnforschung und für Anthropologie sowie die Münchner Forschungsanstalt für Psychi-

Schuld bekannt, die damals Institute und Wissenschaftler auf sich geladen haben. Er hat um Verzeihung gebeten für das Leid, das den Opfern dieser Verbrechen im Namen der Wissenschaft zugefügt wurde, und sich dafür entschuldigt, dass man lange Zeit zu wenig zur Aufklärung unternommen habe.

Zum Auftakt des Symposiums, zu dem auch Menschen geladen wurden, die in Au-

gen gewusst haben.

Wissenschaftler an Kaiser-Wilhelm-Instituten haben für ihre Zwecke die besten Forschungsmöglichkeiten in NS-Zwangsanstalten, in psychiatrischen Kliniken und im KZ Auschwitz genutzt“, sagte der MPG-Präsident hat sich ausdrücklich für die historischen Verantwortung der erst gegründeten Max-Planck-Gesellschaft

„Wissenschaftler an Kaiser-Wilhelm-Instituten haben für ihre Zwecke die 'entgrenzten Forschungsmöglichkeiten in NS-Zwangsanstalten, in psychiatrischen Kliniken und im KZ Auschwitz genutzt', sagte Markl, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft ...“

Süddeutsche Zeitung, 8.6.2001

jüngst angeklagt wurde, stellte er sich vergesslich und altersschwach. Im April 2002 wurden zumindest die 399 Kindergehirne aus seinem Kabinett des Grauens in Wien beerdigt.

Erst vor ungefähr einem Jahr entschuldigte sich die „Max-Planck-Gesellschaft“, die als die Spitzenorganisation der deutschen Wissenschaft gilt, für die „Biowissenschaft in der NS-Zeit“. Der Vorgänger des Max-Planck-Instituts war die berüchtigte „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ (KWG). Dort tätige Nazi-Wissenschaftler haben für ihre Zwecke die „entgrenzten Forschungsmöglichkeiten in NS-Zwangsanstalten, in psychiatrischen Kliniken und im KZ Auschwitz genutzt“, so der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Hubert Markl.

Der berüchtigte Josef Mengele, SS-Hauptsturmführer und von 1943 bis 1945 Lagerarzt in Auschwitz, war nicht etwa ein Ausnahmemonster, sondern ein Erfüllungsgeliebte im Getriebe der Rassenpsychiatrie. Er sandte

und haben deshalb nichts mehr zu befürchten. Kein KWG-Wissenschaftler ist bestraft worden“, so DER SPIEGEL (24/2001). Verschuer wurde nach dem Krieg ordentlicher Professor an der Universität Münster, diesmal nicht für „Eugenik“, sondern für „Genetik“, und starb unbehelligt 1969 im Bett.

Der Wert des Buches „Die Männer hinter Hitler“ liegt in der Gegenwart und in der Zukunft. Versuchen mit einer ausführlichen Zeittafel und zahlreichen Dokumenten, erfüllt es den Zweck eines Nachschlagewerkes. Die dargestellten Zusammenhänge las-



„Der MPG-Präsident hat sich ausdrücklich zur historischen Verantwortung der erst 1948 gegründeten Max-Planck-Gesellschaft (MPG) für die Schuld bekannt, die damals Institute und Wissenschaftler auf sich geladen haben. Er hat um Verzeihung gebeten für das Leid, das den Opfern dieser Verbrechen ... zugefügt wurde.“

— *Süddeutsche Zeitung*, 8.6.2002

sen keinen Zweifel aufkommen, dass die „Männer hinter Hitler“ nach wie vor unter uns weilen. Ihr Gedankengut hat überlebt und ist lediglich in neue, seriös klingende Begriffe gekleidet. Das so genannte „White-Paper“ des Lenkungsausschusses für „Bioethik“ des Europarats sowie die „Bioethik-Konvention“ zählen zu diesen neuen Wortschöpfungen. Nach dieser Konvention sollen zu Forschungszwecken Menschenversuche mit „Nicht-Einwilligungsfähigen“ durchgeführt werden dürfen. Mit „Nicht-Einwilligungsfähigen“ sind Menschen gemeint, die aufgrund einer geistigen oder körperlichen Behinderung oder wegen ihres hohen Alters selbst keine verantwortlichen Entscheidungen mehr fällen können. Getarnt mit dem Mäntelchen der „Wissenschaft“ und gerechtfertigt mit dem „unabweisbaren Forschungsbedarf“ wird hier der Versuch unternommen, Menschen schon wieder in „wertes“ und „unwertes“ Leben einzuteilen. Die Meinungsführer hinter diesem Vorstoß sind die deutschen Psychiatrie-Professoren Helmchen und Lauter.

Auch über die Bioethik-Konvention klärte die KVPM umfangreich auf. Zumindest hat die Bundesrepublik Deutschland diese „Konvention“ bis heute nicht unterzeichnet. Im „White-Paper“ aus dem Jahre 2001 werden Zwangssterilisation, Zwangsabtreibung, Verhaltenskontrolle mit Hormonen und Psychopharmaka, Elektroschocks und andere Zwangsbehandlungen wieder munter diskutiert, als hätte es sie in der Nazi-Psychiatrie nie gegeben. Es handelt sich hierbei um die der-

zeit wohl größte Bedrohung der Grundrechte der Bürger Europas.

Das Buch „Die Männer hinter Hitler“ trug und trägt dazu bei, das Bewusstsein zu schärfen. Der Geist des Buches ist eine permanente und eindeutige Kampfansage an jedwede inhumane „Behandlung“ oder Handlung, die heute in der Psychiatrie Deutschlands stattfindet.

Letztlich sind die „Entschuldigungen“ führender Psychiatrieorganisationen für die Untaten der NS-Psychiatrie nicht mehr als ein gigantisches Ablenkungsmanöver.

Denn nicht um die Taten Einzelner geht es, sondern um ein System, das nach dem Zweiten Weltkrieg nahtlos fortgeführt wurde und während des Dritten Reichs nicht etwa Tausende, sondern Millionen von Toten zu verantworten hat. Die NS-Psychiatrie

erprobte die Massentötung von Menschen an fast 100 000 Männern, Frauen und Kindern in deutschen und österreichischen Psychiatrieanstalten, bevor sie die Technologie der Gaskammern samt Personal und Ideologie in die Todeslager exportierte. Selbst die Lagerkommandanten waren in aller Regel langjährig geschulte „Psychiatriepfleger“ die den Massenmord mit Gas und Todespritze von der Pike auf gelernt hatten. Nichts wurde dem Zufall überlassen. Für diese Verbrechen an der Wurzel des Holocaust hat sich kaum je ein Psychiater entschuldigt. Und dafür gibt es auch keine Entschuldigung.

Die einzige Wiedergutmachung wäre die Abschaffung inhumaner psychiatrischer Methoden und Ideologien in der Gegenwart. ■

Ich möchte die Ziele der KVPM e.V. unterstützen

27

Bitte füllen Sie folgendes Formular aus und senden Sie es an die Adresse der KVPM-Gruppe, der Sie beitreten wollen. Die Adressen aller KVPM-Gruppen in Deutschland finden Sie auf der Rückseite dieser Broschüre.

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Der Mitgliedschaftsbeitrag beträgt € 26,- im Monat.
Ich möchte meinen Beitrag folgendermaßen bezahlen:

Scheck, Überweisungsauftrag, Lastschriftinzug

Ich erteile der KVPM die Erlaubnis, € _____
 jährlich (€ 312,-) halbjährlich (€ 156,-)
 vierteljährlich (€ 78,-) monatlich (€ 26,-)
von meinem Konto abzubuchen.

Bankinstitut: _____

Kontonummer, BLZ: _____

Datum, Unterschrift: _____



Informationskampagnen für die Öffentlichkeit

Die KVPM veröffentlichte im Laufe der Jahre viele Aufklärungsbroschüren, um über unmenschliche und betrügerische Machenschaften der Psychiatrie aufzuklären. Zusätzlich erstellt und verteilt die KVPM regelmäßig Flugblätter, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen.

Mitte der 90er Jahre erhielt die Kommission im Rahmen einer internationalen Aufklärungskampagne der amerikanischen Schwesterorganisation CCHR die Möglichkeit, die Öffentlichkeit in größerem Rahmen zu informieren. Mehr als ein Dutzend Broschüren beleuchten Aspekte der Psychiatrie, wie z. B. E-Schock-Behandlung, Menschenrechtsverletzungen in Altenheimen durch Psychiater, die Vergabe psychiatrischer Drogen an Kinder, die Zerstörung von Künstlern durch psychiatrische Behandlung sowie die Zerstörung der Religion durch psychiatrische Ideologien. Die Kommission versandte alleine in Deutschland mehr als 170 000 Broschüren an Gesetzgeber, Ge-

sundheitsämter, Krankenkassen, Journalisten und andere.

Reaktionen auf verschiedene Broschüren

„Wir sind eine Behindertenhilfe, die mit kirchlichen sozialen Einrichtungen wie Caritas und Diakonisches Werk zusammenar-

beitet auf, wie psychiatrische Infiltration und psychologische Programme an Schulen das Leben der Kinder beeinträchtigen.

Nach der Aussendung wandte sich ein Lehrer, der anonym bleiben wollte, an die KVPM: „Vielen Dank für Ihren Brief und die beiden Broschüren. Seit mehr als 20 Jahren bin ich nun im Schuldienst und kann jedes Wort, das Sie schreiben, als zutreffend unterstützen. Wie Sie sehen, kann ich Ihnen leider nur anonym schreiben, da ich – nicht besonders mutig, ich weiß – um meinen Arbeitsplatz fürchte, weil mein Vertrag jederzeit gekündigt werden kann ... Ich grüße Sie herzlich.“

Die KVPM setzt ihre Aufklärungskampagne für die Öffentlichkeit fort. Jede Woche werden mehr als 300 Poster der KVPM in Geschäften in der ganzen Bundesrepublik ausgehängt, auf denen Betroffene aufgefordert wer-



Die Kommission versandte mehr als 170000 Aufklärungsbroschüren an Entscheidungsträger.

beitet und möchten Sie bitten, uns für interne Diskussionen weitere Exemplare Ihrer Zeitschrift „Die Psychiatrie zerstört die Religion“ zuzusenden. Verein für heilpädagogische Hilfe e.V., 1998

„Ich habe heute Ihre Informationszeitschrift: ‘Die Psychiatrie zerstört die Religion’ erhalten. Die Informationen, die Sie in der Zeitschrift geben sind revolutionär und werden Ihnen eine Menge Kritik bringen, aber ich finde es von Ihnen mutig, die Wahrheit beim Namen zu nennen... Ihre Informationszeitschrift hält dem Zeitgeist den Spiegel vors Gesicht...“

Mennoniten Gemeinde e.V.

Die Broschüre: „Psychiatrie – Der Verfall des Schulwesens“



Informationsstand in München.

den, psychiatrische Missstände zu berichten. Zudem führt die Kommission Informationsstände und/oder Mahnwachen in vielen Städten durch, so u.a. in München, Düsseldorf, Hamburg und Nürnberg. ■



Mahnwache in Düsseldorf.



Diese Publikation wurde dank finanzieller Unterstützung der International Association of Scientologists ermöglicht.

Herausgegeben von der Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. als Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme.





Menschenrechte müssen tatsächlich verwirklicht werden,
„nicht nur als ein idealistischer Traum.“

L. Ron Hubbard

KVPM-Gruppen

Bundesleitung

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte e.V. Bundesleitung
Amalienstr. 49a
80799 München
Tel.: (089) 273 03 54; 28 98 67 05
Fax: (089) 28 98 67 04
kvpm@gmx.de
www.kvpm.de

Ortsgruppen

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte
Hastedter Heerstr. 328
28207 Bremen
Tel. & Fax: (0421) 437 91 77
sv.schmidt@debitel.net

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte e.V.
Reekamp 89
22415 Hamburg
Tel.: (040) 520 82 46
Fax: (040) 254 029 29

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte
Parchauer Weg 24
12526 Berlin

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte
Vahrenheider Markt 8
30179 Hannover

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte e.V.
Kruppstr. 49
40227 Düsseldorf
Tel.: (0211) 788 31 99
Fax: (0211) 788 42 69

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte e.V.
Postfach 1431
63132 Heusenstamm (bei Frankfurt)
Tel. & Fax: (06104) 17 62
kvpmvffft@gmx.de

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte
Heidebuckel 29
67319 Wattenheim (bei Mannheim)
Tel.: (06356) 98 90 96
Fax: (06356) 98 90 95

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte e.V.
Baumeisterstr. 40
76137 Karlsruhe
Tel: (0721) 37 01 70
Fax: (0721) 490 46 13
WHermann1@aol.com

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte e.V.
Alexanderstr. 54
70182 Stuttgart
Tel.: (0711) 607 61 25
Fax: (0711) 607 60 25
KVPMev@web.de

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte e.V.
Dorfstr. 12
96132 Schlüsselfeld (bei Nürnberg)
Tel. + Fax: (09552) 65 12

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte e.V.
Amalienstr. 49a, 80799 München
Tel.: (089) 28 98 67 05
Fax: (089) 28 98 67 04